



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

HALLISCHE BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

2008/1

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

2008/1 (Heft 18)

mit Beiträgen von Patrick Wagner, Stefan Schmidt,
Holger Zaunstöck, Christian Grobler und
Thomas Pruschwitz

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Aufsätze

Patrick Wagner

<i>Im Schatten der „Bevölkerungsbombe“ – die Auseinandersetzungen um eine Weltbevölkerungspolitik (1950-1994), oder: Zeitgeschichte als Weltgeschichte</i>	9
--	---

Stefan Schmidt

<i>„Jedem eine Wohnung“ – Partizipationsmöglichkeiten der DDR-Bevölkerung am Beispiel der Wohnungspolitik der SED in den 1970er Jahren</i>	27
--	----

Holger Zaunstück

<i>Die Zeit bei der „Asche“. Erinnerungen von NVA-Soldaten als Gegenstand und konzeptionelle Herausforderung der zeitgeschichtlichen Forschung</i>	63
--	----

Werkstatt

Christian Grobler

<i>Die Verfolgung von deutschen Zivilisten in Köthen/Anhalt zwischen Juli 1945 und März 1953 durch sowjetische Sicherheitsorgane</i>	80
--	----

Thomas Pruschwitz

<i>Der sowjetische Truppenabzug aus Deutschland (1990-1994): Über den schwierigen Anfang vom Ende der sowjetischen Militärpräsenz. Interview mit Otto Freiherr Grote</i>	104
--	-----

<i>Resümees / Abstracts</i>	121
-----------------------------------	-----

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen ein weiteres Heft der „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ vorlegen zu können. Es ist uns besonders angenehm, Ihnen eine neue Mitherausgeberin der Reihe vorstellen zu dürfen. Stefanie Middendorf studierte Geschichte, Germanistik, Psychologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Freiburg, Basel und Jerusalem. Seit Oktober 2007 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Zeitgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im gleichen Jahr schloss sie eine Doktorarbeit zur Wahrnehmungsgeschichte der Massenkultur in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert ab. Ihr Forschungsprofil entspricht dem Bestreben der Herausgeber, die „Hallischen Beiträge für Zeitgeschichte“ zunehmend international zu vernetzen.

Auch in diesem Heft finden sich Arbeiten, die bislang vernachlässigte Forschungsfelder in den Blickpunkt rücken, innovative Fragestellungen erproben und neue Quellenbestände erschließen. Eine besondere Bedeutung nimmt dabei die Verknüpfung globaler, regionaler und lokaler Zugriffe in der Zeitgeschichte ein.

Patrick Wagner zeigt in seinem Beitrag am Beispiel der indischen Bevölkerungspolitik Perspektiven einer globalen Zeitgeschichtsschreibung auf. Anhand der Analyse von Eingaben der DDR-Bevölkerung zur Wohnungspolitik in den 1970er Jahren fragt *Stefan Schmidt*, inwieweit auf diesem Wege Einfluss auf politische Entscheidungen genommen werden konnte. *Holger Zaunstock* stellt methodisch-konzeptionelle Überlegungen zur Diskussion, welche die v.a. im Internet vorliegenden Erinnerungen ehemaliger NVA-Soldaten als Quellen für eine integrierte Nachkriegsgeschichte Ost- und Westdeutschlands entdecken.

In einem zweiten Teil – der ‚Werkstatt‘ – konzentriert sich dieses Heft auf die methodischen Herausforderungen und empirischen Erweiterungen der Forschung durch die oral history. Im Beitrag von *Christian Grobler* wird ein umfassender Bestand verschriftlichter Erinnerungsberichte zur Analyse von Repressionsmechanismen der sowjetischen Besatzungsherrschaft in einer ost-deutschen Mittelstadt herangezogen. Das Interview von *Thomas Pruschwitz* mit *Otto Freiherr Grote*, nach der deutschen Wiedervereinigung Chef des Verbindungskommandos der Bundeswehr, blickt auf die Strategien, Pro-

bleme und Effekte des Abzugs der Westgruppe der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Ob für die gedruckte Version oder für die als PDF-Dateien auf unseren Internetseiten (www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz) zur Verfügung stehenden Beiträge dieses Heftes wünschen die HerausgeberInnen wie immer eine anregende Lektüre.

Halle (Saale) im Juli 2008

Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

„Jedem eine Wohnung“ – Partizipationsmöglichkeiten der DDR-Bevölkerung am Beispiel der Wohnungspolitik der SED in den 1970er Jahren

von Stefan Schmidt

Siebzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR wird das Bild vieler ostdeutscher Städte noch immer durch die Überbleibsel der 40jährigen sozialistischen Herrschaft geprägt. Keines der in der DDR angegangenen Großprojekte prägte und prägt das Gesicht des „Ostens“ Deutschlands so nachhaltig wie das in der Ära Honecker initiierte Wohnungsbauprogramm. Nach und nach nehmen sich die Kommunen der steinernen Altlast der DDR an und reagieren somit auf die seit Beginn der 1990er Jahre einsetzende Präferenzverschiebung seitens der Bürger. Der Attraktivitätsverlust der Großraumsiedlungen und die damit einhergehende Suche der Kommunen nach Konzepten für die Umgestaltung der Wohngebiete erklärt die Aktualität dieses Themenkomplexes. Die Grundlagen der heute mehr und mehr zum kommunalen Problem avancierenden wohnungspolitischen Hinterlassenschaften der DDR sind hierbei in den frühen 1970er Jahren zu suchen.

Leitend soll im Folgenden die Frage sein, ob bzw. inwieweit die Eingaben von DDR-Bürgern zu Wohnungsproblemen wohnungspolitische Entscheidungen der SED beeinflussten. Vor dem Hintergrund der These, dass es den Bürgern in der DDR über den Umweg des Verfassens von Eingaben möglich war, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, unternimmt die folgende Arbeit den Versuch, sich einem herausragenden sozialpolitischen Bereich der DDR, dem Wohnungswesen, aus einer Perspektive zu nähern, die die bisherige Forschung vernachlässigt hat. Der Blick auf den Forschungsgegenstand „DDR-Gesellschaft“ wird hierbei vom Standpunkt der politischen Entscheidungsinstanzen aus angelegt, um hierdurch Rückschlüsse auf mögliche Mitentscheidungsspielräume der Bevölkerung ziehen zu können. Der Studie liegt die Hypothese zugrunde, dass neben tagespolitischen und ideologischen Beweggründen erst die hohe Zahl von Eingaben der DDR-Bürger zu wohnungspolitischen Problemen Anfang der 1970er Jahre zu einer verstärkten Hinwendung der SED zum Bereich Wohnungspolitik führte. Der Beantwortung dieser Fragestellung sind jedoch aufgrund der hier gebotenen Kürze und der regionalen Ausrichtung der Studie Grenzen gesetzt. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse und Einschätzungen basieren auf Erkenntnissen, die der Verfasser im Rahmen einer Examensarbeit über die Wirksamkeit der SED-Wohnungspolitik für die DDR-Bevölkerung in den 1970er Jahren gewonnen hat. Diese bisherigen Forschungen können jedoch nur als

Vorstudien einer derzeit in Planung befindlichen Nachfolgeuntersuchung angesehen werden, welche durch Einbeziehung überregionaler Archivmaterialien die hier vorgestellten Thesen überprüfen und potentielle Partizipationspielräume der DDR-Bürger in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen untersuchen wird.

Der Fokus dieses Beitrages richtet sich auf die Initiationszeit des SED-Wohnungsbauprogramms 1973 und führt unter Betrachtung wohnungspolitischer Maßgaben bis in die frühen 1980er Jahre. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der DDR in den 1970er Jahren, zur Zeit des Amtsantrittes Erich Honeckers als Erster Sekretär des ZK der SED, nachzuzeichnen. Durch die Analyse von Eingaben versucht die Arbeit eine Verbindung zwischen den darin artikulierten Bedürfnissen der Bürger und den wohnungspolitischen Beschlüssen der SED herzustellen. Als universelles Beschwerdemittel im Mikrokosmos der DDR-Gesellschaft eignen sich Eingaben im Besonderen zur Untersuchung des fein austarierten Herrschaftssystems der DDR. Um in der DDR-Bevölkerung vorherrschende Tendenzen und Stimmungen besser veranschaulichen zu können, werden neben Eingaben auch Untersuchungen verschiedener DDR-Meinungsforschungsinstitute berücksichtigt. Die Bedeutung, welche sowohl der Meinungsforschung als auch den Eingaben in der DDR zukam, wird durch die 1975 stattfindende Erweiterung des Eingaberechtes sowie die direkte Unterstellung der Institute unter die SED-Parteiführung aufgezeigt. Die DDR-Regierung erweiterte somit in den 1970er Jahren, dem eigenen Verständnis von Demokratie im Sozialismus folgend, die Spielräume der Meinungsartikulation der Bürger. Um sich ein konkretes Bild der in der Bevölkerung vorherrschenden Stimmungstendenzen zu verschaffen, wurden verschiedene Meinungsforschungsinstitute von der SED, besonders im Vorfeld von Parteitag, angewiesen, Umfragen durchzuführen. Durch die Untersuchung der daraus entstandenen Meinungsforschungs- und Eingabenberichte soll im Folgenden analysiert werden, inwieweit das offenbar stark vorhandene Interesse an sowie das Wissen um Stimmungen bzw. Tendenzen in der Bevölkerung Einfluss auf die Politikgestaltung der SED nahm. Zur Überprüfung der genannten These werden die im Zeitraum von 1972 bis 1980 aus dem Bereich der Stadt Halle/Saale bei verschiedenen kommunalen und staatlichen Entscheidungsträgern und Institutionen eingegangenen Eingaben auf ihre thematische Orientierung hin analysiert. Neben der inhaltsbezogenen Analyse der wohnungspolitischen Eingaben steht deren quantitative Entwicklung im Mittelpunkt der Untersuchung. In diesem Rahmen soll auf Schwerpunktverlagerungen in den 1970er Jahren und deren mögliche Rückwirkungen auf die SED-Wohnungspolitik eingegangen werden. Neben Ost-Berlin, welches aufgrund seiner prestigebedingten Bedeutsamkeit

einen herausgehobenen wohnungsbaupolitischen Stellenwert einnahm und bereits Gegenstand verschiedener Untersuchungen war,¹ stellte Halle auf Grund der im Stadtgebiet und Umland ab den 1960er und verstärkt in den 1970er Jahren stattfindenden Neubauaktivitäten eine der „Großbaustellen“ auf Bezirksebene dar. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Vielzahl der im Stadtarchiv Halle (SAH) vorhandenen Eingabenanalysen eignet sich Halle im Besonderen für eine Regionalstudie. Auf Grund der derzeit im SAH stattfindenden Erfassung der Analysen aus den 1980er Jahren sowie der derzeit laufenden Digitalisierung der Unterlagen des Jahres 1971 muss der Untersuchungszeitraum jedoch vorerst auf 1972-1980 begrenzt bleiben.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex „DDR-Gesellschaft“ ist festzustellen, dass trotz der zahlenmäßig großen Menge an Veröffentlichungen Fokus und Fragestellung der bisherigen Forschungen begrenzt sind. Während einerseits die allgemeine Sichtweise auf die DDR einer fortschreitenden „Verklärung“² durch ihre ehemaligen Bürger und PDS-nahe Wissenschaftler unterliegt, dominieren andererseits in der bundesdeutschen DDR-Forschungsliteratur noch immer maßgeblich Werke, welche die DDR unter Anlegung westlicher Demokratiemaßstäbe, als „Diktatur“, „SED-Staat“ und „totalitären bzw. spättotalitären Staat“ bezeichnen.³ Diese Arbeiten nähern sich dem Themengebiet „DDR“ zumeist unter Akzentuierung der „harten Herrschaftsstabilisatoren“.⁴ Martin Sabrow hingegen fokussiert seine Untersuchung kulturgeschichtlich und kommt dabei zu dem

¹ Vgl. z.B. Kerstin Dörhöfer (Hg.): Wohnkultur und Plattenbau – Beispiel aus Berlin und Budapest, Berlin 1994.

² Im Besonderen unterliegt die *Oral History*, unter Berücksichtigung der von den DDR-Bürgern gemachten „Nachwenderfahrungen“, der Tendenz, das Leben in der DDR, im Sinne von: „es war doch nicht alles schlecht“ positiver als vielleicht noch vor 15 Jahren zu bewerten. Vgl. hierzu Evemarie Badstübner (Hg.): Befremdlich anders – Leben in der DDR, Berlin 2000; Felix Mühlberg, Annegret Schmidt (Hg.): Zonentalk: DDR-Alltagsgeschichten aus dem Internet, Wien 2001; Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Damals in der DDR – Zeitzeugen erzählen ihre Geschichte, 2006.

³ Vgl. Rainer Eppelmann, Horst Möller, Günter Nooke, Dorothee Wilms: Lexikon des DDR-Sozialismus – Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996; Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit, Köln 1989; Klaus Schroeder: Der SED-Staat – Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 2000; Hermann Weber: Aufbau und Fall einer Diktatur – Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991; Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur – Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1998.

⁴ Christoph Boyer, Peter Skyba: Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie – Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR, in: Deutschlandarchiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland (im folgenden DA), 32. Jahrgang (1999), H. 4, S. 578.

Ergebnis, dass es sich bei der DDR um eine „Konsensdiktatur“⁵ gehandelt habe. Prinzipiell kann man Mary Fulbrook zustimmen, dass die DDR aufgrund der Abwesenheit grundlegender Rechtssicherheit und wirkungsvoller Teilhabeverfahren keine Demokratie im westlichen Sinne war.⁶ Diese Aussage verdeutlicht jedoch im Besonderen eine der Grundproblematiken bei der Auseinandersetzung mit dem Forschungsfeld „DDR“ vom gegenwärtigen Standpunkt aus. Die Schwierigkeit besteht in diesem Zusammenhang darin, dass im Regelfall westliche Demokratiebegriffe nicht oder nur bedingt auf eine kommunistische bzw. sozialistische Gesellschaft wie die DDR zu übertragen sind. Eine Analyse der politischen Herrschaftsstrukturen und demokratischen Teilhabeverfahren wird durch unterschiedliche Verwendung bzw. Definition der Begrifflichkeit „demokratisch“, ausgehend vom jeweiligen Gesellschaftstypus, erschwert.⁷ Problematisch bei der Untersuchung der Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Mitbestimmung in der DDR ist ebenfalls, dass sich nach Bernd Faulenbach die Begrifflichkeiten ‚demokratische Handlungsspielräume‘ und ‚Diktatur‘ von vornherein ausschließen, da die Diktatur per definitionem gegen die Zivilgesellschaft und die damit verbundenen Formen bürgerlicher Partizipation gerichtet sei.⁸ Der Argumentationslinie Bollingers folgend, sollten jedoch die Gegenwart eines ausufernden Staatssicherheitsapparates, der Massenorganisationen, rein ritualisierter Wahlen sowie der hermetisch geschlossenen Staatsgrenze im Mikrokosmos der DDR nicht den Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Partei und Bevölkerung bei der fortwährenden Neuaushandlung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen durch ein komplexes Informations- und Stimmungserfassungsnetz der SED verstellen.⁹ Trotz Steuerung und planmäßiger Entwicklung des „sozialistischen Experimentierfeldes DDR“ von oben, unterlag die Politikgestaltung der

⁵ Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hg.): Weg in den Untergang – Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 89f.

⁶ Vgl. Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben? Neue Forschungen zur Sozialgeschichte der DDR in: Heiner Timmermann (Hg.): Das war die DDR – DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster 2004, S.119.

⁷ Vgl. Hans Joachim Lieber (Hg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 938f.

⁸ Vgl. Bernd Faulenbach: Alltag in der Diktatur, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, Frankfurt/M. 1999, S. 17

⁹ Vgl. Stefan Bollinger: Sozialstaat DDR (= Hefte zur DDR-Geschichte, Band 94), Berlin 2005, S. 20. Andererseits wird Bollinger von Mary Fulbrook in den Kreis der Akademiker gestellt, welche versuchen etwas „Gutes“ an der DDR zu finden und hierdurch ebenfalls voreingenommen sind. Vgl. hierzu Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben? Neue Forschungen zur Sozialgeschichte der DDR in: Timmermann, Das war die DDR, S. 118.

sich ab 1970 als „Partei des ganzen Volkes“¹⁰ bezeichnenden SED seither in zunehmendem Maße den in der Bevölkerung vorherrschenden Meinungs- und Stimmungstendenzen. Die spätestens seit den Unruhen in der ČSSR (1968)¹¹ und in Polen (1970)¹² existierende Furcht der SED vor Destabilisierung und Aufruhr eröffneten der DDR-Bevölkerung erweiterte Handlungsspielräume bei der Artikulierung der eigenen Wünsche und Vorstellungen sowie bei der korrektiven und partiellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen in den Grenzen des Systems.¹³ Dementsprechend argumentieren Boyer und Skyba, dass die Konsum- und Sozialpolitik der SED als herrschaftsbezogene Stabilisierungsstrategie anzusehen sei, und richten ihre Untersuchung dementsprechend auf die „weichen Legitimationselemente“ der „SED-Herrschaft“ aus.¹⁴ Im Anschluss an diese Überlegungen unternimmt die folgende Arbeit den Versuch, sich dem Wohnungswesen der DDR, welches spätestens seit 1976 das Kerngebiet der Sozialpolitik darstellte,¹⁵ unter Berücksichtigung wohnungspolitischer Eingaben zu nähern. In diesem Zusammenhang soll neben der Darstellung und Einordnung der neuen wohnungspolitischen Initiativen zu Beginn der 1970er Jahre, der Blick auf potentielle Partizipationsmöglichkeiten der Bürger bei der Konzeption der SED-Innenpolitik auf diesem Feld der Sozialpolitik gerichtet werden.

1. Rahmenbedingungen: „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft“

Als Erich Honecker am 3. Mai 1971 das Amt des Ersten Sekretärs des ZK der SED antrat, um die Ziele und Wege der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR zu bestimmen, galt es in erster Linie den veränderten außenpolitischen Bedingungen sowie neuen theoretischen Strömungen innerhalb der Lehre des Marxismus-Leninismus bzw. der sozialistischen Wirtschaftslehre in der Sowjetunion Rechnung zu tragen.¹⁶ Der „Prager

¹⁰ Peter Skyba: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, in: Clemens Vollnhals, Jürgen Weber (Hg.): Der Schein der Normalität – Alltag und Herrschaft in der SED Diktatur, München 2002, S.42.

¹¹ Vgl. Lutz Prieß, Václav Kural, Manfred Wilke: Die SED und der „Prager Frühling“ 1968 – Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996.

¹² Vgl. Peter Goszotony: Aufstände unter dem roten Stern, Bergisch-Gladbach 1982, S. 196f.

¹³ Vgl. Ina Merkel: „Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation“ – Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln 1998, S. 13.

¹⁴ Boyer/ Skyba, Sozial- und Konsumpolitik, S. 577-590.

¹⁵ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band 2, Berlin 1976, S. 221.

¹⁶ Vgl. Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M. 1992, S. 221.

Frühling“ und die 1970 stattfindenden Streiks in Polen zeigten die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen und erschütterten den Ostblock mit langfristigen Folgen. Als Reaktion auf diese Ereignisse setzte der XXIV. Parteitag der KPdSU die Zielvorgabe, einen „bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität“¹⁷ zu erreichen. Im parteipolitischen Sprachgebrauch der SED folgte man fortan den von der Sowjetpartei ausgearbeiteten Leitsätzen und konstatierte in einem Politbürobeschluss vom 15. April 1971 deren „allgemeingültige, theoretische und politische Bedeutung [...] auch für die Beantwortung der Grundfragen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR“¹⁸. Nach neuer „offizieller“ Sichtweise befand sich die DDR im Stadium der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, welche zwar schon Züge des Kommunismus aufwies, jedoch noch nicht ihre volle Ausprägung erreicht hatte. Anders als während der Ulbricht-Ära, in der die Meinung vorherrschte, dass die Errichtung des kommunistischen Systems in der DDR bis zum Jahr 2000 abgeschlossen sein würde, legte man sich nicht mehr auf genaue Daten fest.¹⁹ Für die DDR bedeutete dies das Ende des den Konsumsektor vernachlässigenden Ulbricht-schen Reformkurses und das Anbrechen der Phase des „real-existierenden Sozialismus“.²⁰

Die Aufgabe des zwischen dem 15. und 19. Juni 1971 stattfindenden Parteitags der SED war es folglich, die neuen Vorgaben aus Moskau umzusetzen und die Spuren von „Ulbrichts Avantgardismus“ zu verwischen. Hatten in der Vergangenheit immer wieder Diskrepanzen zwischen dem „alten Ersten Sekretär“ und Leonid Iljitsch Breschnew bezüglich der deutschlandpolitischen Konzeption bestanden, so ließ Honecker im Bericht des Zentralkomitees (ZK) an den VIII. Parteitag nichts unversucht, die unverbrüchliche Verbundenheit der DDR mit der Sowjetunion zu betonen. Vergleicht man nachfolgend Honeckers Bericht mit den Erklärungen des XXIV. Parteitages der KPdSU, so folgte der VIII. Parteitag klar den sowjetischen Vorgaben. Die ideologische Gefolgschaft der SED ist mithin unübersehbar.²¹ „Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen

¹⁷ Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, erw. Neuaufl. Frankfurt/M. 1996, S. 279.

¹⁸ Ebd., S. 277.

¹⁹ Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 41.

²⁰ Meuschel, Legitimation und Partei-herrschaft, S. 221.

²¹ Vgl. Staritz, Geschichte der DDR, S. 279, dort Anm. 15.

Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.²² Dabei sollte die in Aussicht gestellte Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus als Motivation für die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Werktätigen dienen. Honecker selbst hob hervor, dass es in der Zulieferindustrie und auch im Wohnungsbau Defizite gebe. Anders als die Zulieferindustrie aber war der Wohnungsbau respektive die Wohnungspolitik weit weniger abstrakt mit dem Hauptziel des Fünfjahrplans verknüpft und spielte seit jeher eine übergeordnete Rolle in der Geschichte der Arbeiterbewegung, auf die im Folgenden noch näher eingegangen werden wird. Den drei Grundbedürfnissen des Menschen – sich zu kleiden, sich zu ernähren und zu wohnen – folgend, stellte der Wohnungsbau bzw. die Wohnungspolitik ein zentrales Element bei der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung dar.²³ Doch anders als bei jenen Veränderungen, die die Wirtschaft und Industrie betrafen, war es der SED nicht möglich, das sowjetische Modell einfach zu kopieren oder nachzuahmen, da in der Sowjetunion kein das Wohnungsproblem betreffender Lösungsansatz vorlag.²⁴ Insofern kann das Wohnungsbauprogramm als sozialpolitischer Alleingang der SED innerhalb des sozialistischen Lagers gewertet werden.

Nachdem sich die SED bereits im Rahmen des VIII. Parteitages den Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum angenommen und die Zahl der im Planjahr fünf 1971- 1975 zu bauenden bzw. zu modernisierenden Wohnungen auf 500.000 festgelegt hatte (was eine Steigerung im Verhältnis zum vorhergehenden Fünfjahresplan von 27 Prozent bedeutete), sollte ein eigens konzipiertes Wohnungsbauprogramm die wohnungspolitische Leitlinie für die folgenden Jahre festschreiben. In seinen Ausführungen vom 2. Oktober 1973 erläuterte Bauminister Wolfgang Junker die von der Parteiführung in der Beschlussfassung formulierten Entwicklungsvorstellungen zur Erreichung „der Lösung der Wohnungsfrage“ und die daraus resultierenden Notwendigkeiten, „die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede in den Wohnverhältnissen Schritt um Schritt abzubauen“, um damit „alle wichtigen Wohnbedürfnisse zu befriedigen, die einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprechen“²⁵. In dieser Aussage Junkers werden zwei Themenkomplexe hervorgehoben. Auf der einen Seite greift der Verweis die „historisch entstandenen sozialen und

²² Protokoll des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, S. 61.

²³ Vgl. Kay Zimmermann: Wohnung und Wohnen im fluchtrelevanten Erleben bei Migranten aus der DDR 1989 und 1990, Diss. Bayreuth 1995, S. 20.

²⁴ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Wohnungs- und Städtebau in der DDR – Zur Wohnungsfrage, Bonn 1981, S. 9, hier die Schilderungen Breschnews über die wohnungspolitischen Lage in der Sowjetunion.

²⁵ Zit. nach Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971-1990, Berlin 2001, S. 10.

territorialen Unterschiede“ der Wohnungsfrage nach Engelsscher Lesart²⁶ auf. Er erklärt damit die Lösung dieses Problems zur Mission der Arbeiterklasse und verortet die Reform der SED im Kontext der schrittweise erfolgenden Erfüllung dieser historischen Mission. Die SED stellte sich mit hin selbst in die Tradition der Arbeiterbewegung. Andererseits hebt Junkers Ausführung den Entwicklungsstand der „sozialistischen Gesellschaft“ in der DDR hervor und verweist somit auf die Beschlüsse des VIII. Parteitag.

Auch wenn prinzipiell unverändert der Leitsatz der 1950er Jahre – „so wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“ – Gültigkeit besaß, stellte Honeckers Rede auf dem Parteitag unmissverständlich die Erhöhung des Lebensniveaus als eine Art Vorschuss in Aussicht. Auf dem Weg in eine Gesellschaft, in der „jeder nach seinen Bedürfnissen und jeder nach seinen Fähigkeiten leben“ sollte, befand sich die SED jedoch in einer hausgemachten ideologischen Falle, deren Bedeutung in der Folge noch steigen sollte. Konnten die Versorgungsprobleme der Anfangsjahre noch mit dem verlorenen Krieg bzw. den Startschwierigkeiten eines jungen Staates begründet werden, so musste die SED-Führung in den 1970er Jahren die durch Propaganda erzeugten Erwartungen der DDR-Bürger erfüllen und fortweg Erfolge beim Aufbau der „neuen Gesellschaft“ präsentieren. Die Brisanz dieses Problems erhöhte sich zusätzlich durch den Vergleich mit der Bundesrepublik. Sowohl westdeutsche Fernsehsender als auch der Austausch mit in der BRD lebenden Verwandten ermöglichten es dem Großteil der DDR-Bürger, sich ein Bild vom Aufschwung und dem Lebensniveau im kapitalistischen Teil Deutschlands zu machen. Auch wenn es in diesem Zusammenhang weniger um Wohnungen als vielmehr um Konsumgüter wie Kraftfahrzeuge, hochmodische Bekleidungsartikel oder Südfrüchte ging, erhöhte sich hierdurch die Erwartungs- und Anspruchshaltung der DDR-Bevölkerung gegenüber ihrer Regierung.

²⁶ Friedrich Engels beschreibt in seinem Aufsatz „Zur Wohnungsfrage“ von 1887 die Verelendung der Arbeiterklasse in England infolge der in den Großstädten vorherrschenden Wohnungsnot. Die Problematik der Wohnungsnot bzw. der Wohnungsfrage entstand im Kontext der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung von der „eigenen Scholle“ in die Stadt. Begründet liegt diese Migrationswelle in der Veränderung der Besitz- und Produktionsverhältnisse des 19. Jahrhundert, in deren Folge es zur Verelendung der unteren Bevölkerungsschichten kam. Laut Engels lässt sich diese Wohnungsnot erst beseitigen, die Wohnungsfrage also erst lösen, wenn die Gesellschaft weit genug umgewälzt und die Aufhebung des von der damaligen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spitze getriebenen Gegensatzes von Stadt und Land in Angriff genommen worden ist. Vgl. Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, in: Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Band IV, Berlin 1971, S. 193f. Vgl. auch Gerhard Schmitz: Wohnung – Siedlung – Lebensweise. Aus Werken und Briefen von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1980, S. 215.

Da gerade die Wohnraumversorgung, wie durch Umfragen evaluiert worden war, einen Bereich darstellte, in welchem die Bevölkerung Fortschritte vermisste, war es für die SED unumgänglich, sich gerade mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Zur Befriedigung aller einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ entsprechenden Wohnbedürfnisse formulierte Junker auf der 10. Tagung des ZK der SED das Ziel, bis 1990 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen zu bauen bzw. zu modernisieren. Bemerkenswert ist an dieser Stelle der Verweis auf die einheitliche Behandlung von Neubau, Modernisierung und Baureparatur. Ebenso wie Junker in seiner Rede die einheitliche Behandlung der Baumaßnahmen forderte, wurden diese Bereiche auch in der DDR-Statistik als Einheit behandelt. Auf der Grundlage von Junkers Referat erfolgte auf der 10. Tagung des ZK (2. Oktober 1973) die eigentliche Beschlussfassung des Wohnungsbauprogramms bis 1990. Bereits auf der am 14. und 15. Dezember 1973 stattfindenden 11. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde von Seiten der Parteiführung damit begonnen, sowohl die herausragende Rolle des Wohnungsbauprogramms als auch die Zustimmung, welche dieses in der Bevölkerung hervorrief, zu betonen: „Das von der 10. Tagung des Zentralkomitees beschlossene Wohnungsbauprogramm bis 1990 hat bei der Bevölkerung insbesondere auch bei der Jugend unserer Republik, große Zustimmung gefunden und wird zu Recht als die bedeutendste Aufgabe des vom VIII. Parteitag festgelegten sozialpolitischen Programms verstanden. Dieser Beschluss hat der Initiative der Werktätigen neue starke Impulse verliehen.“²⁷ Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, stellte in dem hier zitierten Bericht, sei es absichtlich oder nicht, die Direktiven des VIII. Parteitages in einen sinnhaften Zusammenhang mit den Beschlüssen der 10. Tagung des ZK. Allgemein betrachtet, steht die Ausarbeitung eines Wohnungsbauprogramms, das dem Ziel diene, die Wohnungsfrage bis 1990 zu lösen, durchaus im Zusammenhang mit der von der SED deklarierten Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung. Doch anders als an dieser Stelle suggeriert wurde, existierte 1971 kein wohnungspolitisches Grundkonzept, in dem die Verkündung der Lösung der Wohnungsfrage bis 1990, also die Ausarbeitung eines solchen Wohnungsbauprogramms, zwangsläufig der nächste Schritt gewesen wäre. Vielmehr ist die Verkündung des Wohnungsbauprogramms bis 1990 ursächlich anderen Begebenheiten und Erkenntnissen geschuldet, die im Folgenden genauere Beleuchtung finden werden.

²⁷ Zit. nach 11. Tagung des Zentralkomitees 14./15.12.1973 – Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED, Berlin 1973, S. 12.

2. „Das Recht auf Wohnraum“ und die Rolle der Wohnungsfrage in der Geschichte der Arbeiterbewegung

Nach Artikel 37 der Verfassung von 1968 hatte jeder DDR-Bürger ein Grundrecht auf Wohnraum. Er stellte das gesetzliche Fundament der Wohnungspolitik der Ära Honecker dar. Die Verpflichtung des Staates, dieses Recht zu garantieren und eine gerechte Verteilung zu verwirklichen, implizierte eine staatliche Versorgungsmentalität, welche sich durch alle wirtschaftlichen Bereiche zog. Hierdurch wurde bei der Bevölkerung zugleich eine gewisse Anspruchshaltung hinsichtlich der Einklagbarkeit „des Rechts auf Wohnraum“ generiert. Unabhängig von der Einordnung der DDR in sozialstaatliche Kategorien kann das grundsätzliche Recht auf Wohnraum, welches in der Bundesrepublik Deutschland seine Entsprechung sucht, als soziale Errungenschaft angesehen werden.²⁸

Neben der dargestellten gesetzlichen Grundlage bildeten, wie der folgende Auszug aus einer DDR-Dissertationsschrift von 1985 zeigt, unverändert die Leitideen der klassischen sozialistisch-kommunistischen Theoretiker die Grundlage bei der Beschäftigung mit dem Themenkomplex „Wohnen“ in der DDR. „Die Lösung der Wohnungsfrage ist ein untrennbarer Bestandteil der Erfüllung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus lehrten, dass mit der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und der Errichtung der neuen, sozialistischen Gesellschaft die Lösung der Wohnungsfrage unter Führung der Arbeiterklasse erfolgt.“²⁹

Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass bei den kommunistischen Theoretikern anders als in der DDR die Vorstellung von der Errichtung eines sozialistischen Staates bzw. einer sozialistischen Gesellschaft ein in der Ferne liegendes augenscheinlich schwer zu realisierendes Ziel darstellte. Im Laufe der Zeit zu Dogmen aufgewertet und durch nachfolgende sozialistische Autorengenerationen ideologisch überhöht, sollten die Ausführungen von Marx und Engels als theoretische Wegweiser für die Gestaltung sozialistischer Gesellschaften dienen. Verkannt wurde in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seit 1872 grundlegend verändert hatten und Engels lediglich Ratschläge für die Gestaltung der

²⁸ Bis auf die Garantie der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art 13 GG), welche in der DDR-Verfassung ebenfalls verankert war, lassen sich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keine wohnraumrelevanten Artikel finden.

²⁹ Reinhard Buchheim: Die Lösung der Wohnungsfrage – ein zentrales Anliegen in der Politik der SED und in der Arbeit der örtlichen Volksvertretung des Bezirkes Magdeburg (1971 bis 1981), Diss. Magdeburg 1985, S. 1.

Wohnungspolitik in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus gegeben hatte.³⁰

Versucht man, die Betrachtungen Engels zur Wohnungsfrage auf die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ der DDR zu übertragen oder anzuwenden, so stellt man fest, dass durch zahlreiche Enteignungsaktionen sowie die hieraus resultierende Verstaatlichung der Produktionsmittel der erste Schritt zur „Lösung der Wohnungsfrage“ bereits in den 1950er und 1960er Jahren getan worden war. An dieser Stelle kommt daher die Frage auf, ob das entschlossene Angehen der „Lösung der Wohnungsfrage“ seit den 1970er Jahren unter dem Eindruck von Unmutsbekundungen der Bevölkerung und der Zielsetzung der „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung“ ein zwangsläufiger Schritt war. Anders gefragt: Wirkten sich die neue parteioffizielle Gesellschaftsinterpretation der DDR, in der nach ideologischer Leseart bereits Züge des Kommunismus sichtbar sein sollten, sowie die Rückmeldungen aus der Bevölkerung auf den Anspruch aus, die Wohnungsfrage ein für allemal zu lösen? Bevor jedoch eine Antwort auf diese Frage gefunden werden kann, ist es wichtig, eine zentrale Informationsquelle der SED, die Meinungsforschung, zu betrachten.

3. Meinungsforschung als „Stimmungsbarometer“ – Referenzpunkt der SED-Wohnungspolitik

Bereits 1963 legte Ulbrichts persönlicher Mitarbeiter Gerhard Kegel einen Beschlussskizzenentwurf für das Sekretariat des ZK über den Aufbau eines zentralen Systems für Meinungsforschung vor. In der Begründung hieß es: „Die Einschätzung von Massenstimmungen in der DDR, der Arbeit und Wirksamkeit unserer propagandistischen und agitatorischen Arbeit wie der Wirkung der gegnerischen Propaganda erfolgt überwiegend auf Grund subjektiver Erfahrungen, Auffassungen und Meinungen, die zumeist keine Allgemeingültigkeit beanspruchen und kein wissenschaftlich exaktes Bild ergeben können [...] Um den Charakter dieses zentralen Systems sozialistischer Meinungsforschung als Hilfsmittel der Parteiführung von vornherein sicherzustellen und jeden gegen die Interessen der Partei gerichteten Missbrauch auszuschließen, ist dieses wichtige politische Instrument unmittelbar dem

³⁰ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Wohnungs- und Städtebau, S. 8. Für die Übergangsphase empfahl Engels zwar die Erfassung des Wohnraums zur gerechten Verteilung, jedoch erkannte er, dass in dieser Periode weiterhin Mieten für die Wohnungen erhoben werden müssten.

Politbüro zu unterstellen.³¹ Der Beschluss vom 21. April 1964 bestätigte die Notwendigkeit einer solchen Institution und legte fest, dass das neu gegründete Institut seine Aufträge vom Politbüro erhalten solle und dieses auch über die Verwendung der Ergebnisse zu entscheiden habe. Wie dieser Beschluss und die Empfehlung Kegels veranschaulichen, handelte es sich beim Institut für Meinungsforschung der DDR keineswegs um ein Meinungsforschungsinstitut nach heutigem Verständnis, sondern vielmehr um ein Ausführungsorgan, dessen Umfragen als eine Art „Stimmungsbarometer“ der öffentlichen Meinung einzuschätzen sind.³² Es war keinesfalls unabhängig, sondern vielmehr ein Instrument der Partei. Die SED nutzte das Institut dazu, die Akzeptanz ihrer Politik in der DDR-Bevölkerung zu überprüfen; diese Akzeptanz konnte ansonsten aufgrund des Fehlens öffentlicher, von Bevormundung freier Artikulationspodien außer durch „Überwachung“ oder Eingaben nur schwerlich ermittelt werden. Besondere Relevanz erlangten die durchgeführten Umfragen im Vorfeld großer politischer Ereignisse, wie beispielsweise des IX. Parteitages der SED, oder auch bei Wahlen. In diesen Zusammenhang ist die im ersten Quartal 1976 durchgeführte, jedoch nur noch teilweise erhaltene Umfrage zu ausgewählten politischen Fragen einzuordnen. Nach fünf Jahren einer neuen, auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichteten Politik, galt es, Resümee zu ziehen und deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu ermitteln.

An der Umfrage waren 4.477 Werktätige aus 67 Betrieben und Institutionen in einem repräsentativen Querschnitt beteiligt. Sie wurde in der Hauptstadt Berlin, in den Bezirken Cottbus, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt und Rostock durchgeführt.³³ Unter Punkt I der unter Verwendung von Fragebögen durchgeführten Umfrage wurde die Frage gestellt: „Sind Sie der Meinung, dass wir bei der Verwirklichung der Hauptaufgabe [d.h. der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus, Anm. des Verf.] gut vorangekommen sind?“ Diese grundlegende Frage wurde von 86,9 Prozent der Befragten mit „ja“ beantwortet. Die Frage nach den Gebieten, auf denen die sichtbarsten Erfolge zu verzeichnen waren, beantworteten die Probanden, indem sie eine Gewichtung abgaben. Hinzuzufügen ist, dass mehrere Antworten möglich waren. Die Ergebnisse gestalteten sich wie folgt:

³¹ Zit. nach Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR – Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993, S. 17.

³² Der dargestellte Textauszug belegt die Besonderheit von Meinungsforschung in der DDR. Neben der Einschätzung der Massenstimmung war es die Aufgabe von Meinungsforschungsinstituten, die Wirksamkeit der SED-eigenen und der „gegnerischen“ Propaganda zu überprüfen. Die Ergebnisse der Umfragen wurden als „geheime Verschlussachen“ gehandhabt und waren außerhalb von Parteikreisen unzugänglich.

³³ Ebd., S. 403.

74,9 Prozent Fürsorge für kinderreiche Familien;
 60,8 Prozent Fortschritte im Gesundheitswesen;
 59,3 Prozent Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms;
 45,6 Prozent Entwicklung des Bildungswesens;
 42,9 Prozent verbesserte Arbeitsbedingungen;
 36,7 Prozent stabile Verbraucherpreise;
 35,7 Prozent Versorgung der Bevölkerung;
 32,8 Prozent Entwicklung der sozialistischen Demokratie;
 27,8 Prozent Verbesserung des kulturellen Lebens.³⁴

Aus dem Blickwinkel des Politbüros bestätigten diese Antworten der Werktätigen die Politik der SED seit dem VIII. Parteitag. Befanden sich doch unter den drei zuerst genannten Bereichen, in denen die sichtbarsten Erfolge zu verzeichnen waren, Schwerpunkte ihrer Politik. Grundsätzlich ist an dieser Stelle anzumerken, dass es sich bei dem Großteil der gegebenen Antworten um propagandistisch aufgewertete Prestigebereiche der SED-Politik handelte. Von diesem Standpunkt aus muss die Frage aufgeworfen werden, inwieweit die befragten Bürger diese Bereiche tatsächlich als Erfolge der SED-Politik wahrnahmen oder durch die immer wiederkehrende Propaganda im Sinne der SED eingenommen waren. Zusätzlich muss als externer Faktor bei dieser Befragung die soziale Erwünschtheit als Verzerrungsfaktor in Rechnung gestellt werden. Inwieweit antworteten die Befragten tatsächlich so, wie sie dachten? Oder befürchteten sie Repression bei nicht systemkonformen Äußerungen? An dieser Stelle ist auf die bei späteren Fragen gewährte Kategorie „ohne Angabe“, beispielsweise bei der Frage nach der Überlegenheit des Sozialismus, zu verweisen, welche mit 23,7 Prozent verhältnismäßig viele Probanden ankreuzten.

Die nächste gestellte Frage richtete sich auf die gegenwärtigen sozialen Interessen, indem gefragt wurde: „Wofür sollten Ihrer Meinung nach die verfügbaren Mittel vorrangig eingesetzt werden?“ Mehrfachnennungen waren ebenfalls möglich. Es votierten:

70,0 Prozent für die zügige Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms;
 65,3 Prozent für die Erhöhung der Renten;
 58,0 Prozent für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens;
 56,3 Prozent für die Erhöhung niedriger Einkommen;
 54,1 Prozent für die Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern;
 50,3 Prozent für die die Stützung stabiler Preise;
 38,8 Prozent für die Verbesserung der Dienstleistungen;

³⁴ Zit. nach ebd., S. 404. Diese Antworten sind vorgegebene Kategorien.

22,2 Prozent für den Ausbau des Bildungswesens.³⁵

Auch wenn man berücksichtigt, dass an dieser Stelle ebenfalls geschlossene Fragen verwendet wurden, so lässt doch die Auswahl der Antwort „zügige Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms“ von 70 Prozent der Befragten mehrere Rückschlüsse zu. Zum einen bestätigt die Wahl des Themas „Wohnungsbauprogramm“ auf Platz 1 der Antwortmöglichkeiten die bisherige Richtung der SED-Politik. Auf der anderen Seite weist dieses Ranking jedoch den Wohnungsbau als einen Sektor aus, auf welchem es noch viel zu leisten galt. Zusammengefasst waren zwar bereits Erfolge bei der Linderung der Wohnungsnot durch gezielte Maßnahmen seitens der SED zu verzeichnen, jedoch stellt das Wohnungsproblem in der Wahrnehmung der Bevölkerung, wenn diese Umfrage als repräsentativ angesehen werden kann, noch einen großen Mängelbereich dar. Bezug nehmend auf die Äußerungen der 4.477 befragten Werktätigen, muss es also das erklärte Ziel der SED gewesen sein, die Wohnungsnot unter Zuhilfenahme des Wohnungsbauprogramms bis 1990 zu lindern bzw. abzuschaffen. Gerade im Vorfeld eines Parteitagess flossen diese Erkenntnisse, wie Paragraph 10 des 1975 überarbeiteten Eingabengesetzes zeigt, über die öffentliche Meinung in die Programmatik der SED ein.³⁶

Ein weiterer Bereich der Meinungsforschung in der DDR wurde durch das 1966 gegründete Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig repräsentiert. Es hatte die Aufgabe, Methoden der Jugendforschung zu erarbeiten sowie in Zusammenarbeit mit der FDJ Tendenzen und Problemfelder der Jugendlichen in der DDR zu erkennen. Dabei ist eine Studie aus dem Jahr 1973 interessant, in welcher 1.000 jung verheiratete Männer und Frauen nach Auswirkungen der staatlichen Sozialpolitik auf ihre persönliche Familienplanung befragt wurden.³⁷ In dieser wurden Fragen zu Partnerschaft, Kinderwunsch, Familienplanung und Konflikten in der Ehe gestellt. Neben den die Berufstätigkeit steigernden Maßnahmen, Ehekrediten und subventionierten Bekleidungsartikeln stellte im Besonderen die Wohnungspolitik einen auf junge Familien zugeschnittenen Bereich dar. Da gerade der Wohnungsmangel in der DDR häufig das Zusammenleben junger Eheleute verhinderte und

³⁵ Ebd., S. 405.

³⁶ „Die Räte sind verpflichtet, den Volksvertretungen regelmäßig, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Pläne oder anderer wichtiger Beschlüsse, über die Schwerpunkte der dazu vorliegenden Eingaben Bericht zu erstatten.“ Zit. nach Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger vom 19. Juni 1975 § 10, in: Büro des Ministerrates (Hg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975, S. 461f.

³⁷ Vgl. Walter Friedrich, Peter Förster, Kurt Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990 – Geschichte, Methoden Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 423.

daher Inhalt vieler Eingaben gerade dieser Gruppe war, versuchte die SED das Problem durch gezielte Wohnraumzuweisung an junge Familien zu beheben.³⁸ Ziel dieser Politik war es, die Geburtenrate in der DDR zu erhöhen. In diesem Zusammenhang fungierte die SED-Wohnungspolitik als Geburtenkontrollinstrument. In einer Studie aus dem Jahr 1988, welche als Sekundäruntersuchung zu der oben beschriebenen Befragung von 1973 angelegt war, wurden erneut 730 junge Eheleute nach dem Einfluss der Sozialpolitik auf ihre Familienplanung befragt. Interessanterweise gaben 86 Prozent der Befragten auf die oben genannte Frage an, dass sich ihr Kinderwunsch durch die Sozialpolitik nicht verändert habe. Als größter hemmender Faktor wurden nach wie vor Wohnungsprobleme angeführt. Diese vergleichende Studie zeigt deutlich, dass es der SED nicht möglich war, die Wohnungsprobleme einer der Hauptadressatengruppe des Wohnungsbauprogramms in zufriedenstellendem Maße zu beseitigen.³⁹

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sowohl die Umfrage des Instituts für Meinungsforschung als auch die des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig den von der SED eingeschlagenen wohnungspolitischen Kurs bestätigten. Anders als im Fall von Eingaben, wurden die dargestellten Meinungstendenzen jedoch nicht selbständig durch die Bürger den staatlichen Institutionen zugetragen, sondern die Erhebung dieser Daten wurde durch die SED angefordert. Die Art der Evaluation der Stimmungstendenzen spielte jedoch keine Rolle bei deren Wirkung auf die Parteiführung. Unter Berücksichtigung der dargestellten externen Effekte, wurde es den Bürgern durch Meinungsumfragen somit möglich, korrektiv Einfluss auf die SED-Politik auszuüben.⁴⁰ Gerade das Vorhandensein bzw. die Erwünschtheit solcher Umfragen veranschaulicht die Bedeutung, welche die SED den Stimmungstendenzen und Wünschen der Bevölkerung beimaß. Der hervor gehobene Stellenwert der Meinungsforschung im komplexen Informationsbeschaffungsnetz der SED wird durch die direkte Unterstellung der Meinungsforschungsinstitute unter die Partei belegt. Wie sollte auch von Seiten der SED ohne Kenntnis der konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung eine Politik konzipiert werden, die dem auf dem VIII. Parteitag erhobenen Anspruch der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus entsprach? In diesem Zusammenhang ist gerade durch die Abwesenheit offizieller demokratischer Legitimationsverfahren in der DDR die Rolle der Meinungsforschung zu unterstreichen. Zustimmung oder Abneigung der Bürger gegenüber dem eingeschlagenen politischen Kurs konnten sich nicht

³⁸ Vgl. ebd., S. 425.

³⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰ Vgl. Merkel, „Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation“, S.13.

durch die Abwahl der SED ausdrücken, sondern mussten im Rahmen von Meinungsforschungsumfragen formuliert werden.

4. „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ – Eingaben als Instrument der Meinungsäußerung, Konfliktbewältigung und Teilhabe?

Auch wenn es sich bei Eingaben in der DDR um ein eigenständig zu untersuchendes Phänomen des Alltags handelte, wird es gerade durch diese, gewissermaßen als Hilfsmittel, möglich, sich ein realitätsnaheres Bild des wohnungspolitischen Alltags zu verschaffen, als es unter Betrachtung nackter Zahlen möglich wäre. Neben Berichten der Sicherheitsorgane und Meinungsumfragen stellen Eingaben für die SED eine der wenigen Möglichkeiten dar, Befindlichkeiten der Bevölkerung zu erfassen und die in der Realität erfahrbaren Erfolge der SED-Wohnungspolitik zu überprüfen. Im Folgenden soll jedoch auch herausgearbeitet werden, inwieweit Eingaben eine Möglichkeit der Bürger der DDR darstellten, ihrerseits aktiv Einfluss auf die SED-Politik zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist auf die Besonderheit dieses Meinungsbekundungsmittels hinzuweisen. Gesetzlich garantiert, konnten DDR-Bürger hierdurch, zumindest in der Theorie, anders als in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft ihre Kritik am Staat bzw. ihre Verbesserungswünsche artikulieren, ohne Repressalien befürchten zu müssen. Bei der Verwendung von Eingaben muss bedacht werden, dass Eingabenschreiber durch überspitzte Schilderungen ihrer Probleme versuchten, die Intervention des Adressaten herbeizuführen. Die Schwierigkeit bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen schriftlichen Zeitzeugnissen entsteht dabei dadurch, dass hierin nicht Alltagsroutinen, sondern vielmehr gerade die Störungen des Alltagslebens dargestellt wurden.⁴¹ Jedoch ermöglichten Eingaben dennoch einen realitätsnäheren Einblick in die Schwierigkeiten des DDR-Alltags, als dies nachträglich durchgeführte Befragungen leisten könnten.⁴²

Um die Bedeutung der Informationsquelle Eingabe für die SED einschätzen zu können, ist zu berücksichtigen, dass bei dieser, anders als beispielsweise bei Meinungsfragen oder Berichten des Ministeriums für Staatssicherheit oder der Volkspolizei, die Bürger mit ihren Anliegen direkt an die kommunalen bzw. staatlichen Institutionen herantraten und somit keine thematische Vorauswahl der angesprochenen Themengebiete durch die SED erfolgte. Bei der Untersuchung von Eingaben aus der DDR muss zunächst die

⁴¹ Vgl. ebd., S. 11.

⁴² Vgl. ebd., S. 10. Die Untersuchung von Wendeerfahrungen sowie heutiger Wertungen des Lebens in der DDR würden in diesem Zusammenhang zu allzu starken Verzerrungen führen.

doppelte Funktion, die diese „mündlichen oder schriftlichen Bemängelungen einer Sache oder eines Zustandes, mit der man sich, ohne Instanzen oder Formen einhalten zu müssen, an jede beliebige staatliche oder gesellschaftliche Einrichtung wenden kann“,⁴³ berücksichtigt werden. Einerseits stellten Eingaben, der Definition Mühlbergs folgend, eine Möglichkeit des DDR-Bürgers dar, öffentlichen Stellen Missstände darzulegen bzw. auf persönliche Benachteiligungen in der Hoffnung zu verweisen, dass diese von der angeschriebenen Institution behoben werden könnten. Auf der anderen Seite konnten Eingaben aus der Sicht der SED-Führung ebenso wie Meinungsumfragen als eine Art Instrument zur Stimmungsanalyse genutzt werden. Die Zunahme von Eingaben zu konkreten Themen suggerierte verstärkten Handlungsbedarf. Berücksichtigt man Mühlbergs Hochrechnung von jährlich circa einer Million Eingaben, welche an die unterschiedlichsten staatlichen Einrichtungen versandt wurden, bestand in einigen Bereichen ein permanenter Handlungsbedarf der DDR-Organen.⁴⁴ Die Eingabenschwerpunkte lagen im Bereich der Wohnungsversorgung, des Reiseverkehrs sowie im Ressort Handel und Versorgung.⁴⁵

Die Grundlage des Eingaberechts wurde durch die „Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen“ aus dem Jahr 1953 geschaffen. Dieser Verordnung folgend war es verboten, Repressivmaßnahmen gegenüber Beschwerdeführern zu ergreifen. Grundsätzlich garantierte Artikel 21 der Verfassung der DDR das Recht auf Mitbestimmung. Artikel 103 konkretisierte dieses, indem jedem Bürger die Möglichkeit eingeräumt wurde, Eingaben an gesellschaftliche Organe zu richten, welche diese nach vorgegebenen Fristen⁴⁶ zu bearbeiten hatten. Letztlich reglementierte das am 19. Juni 1975 erlassene Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger die konkrete Verfahrensweise.⁴⁷

Die vielfältigen Gesetzeskorrekturen und Verordnungen bezüglich der Eingaben und deren damit einhergehende Anerkennung durch die SED waren Ausdruck des sozialistischen Demokratieverständnisses. In Parteiveröff-

⁴³ Zit. nach Felix Mühlberg: „Wenn die Faust auf den Tisch schlägt...“ – Eingaben als Strategien zur Bewältigung des Alltags, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hg.), Wunderwirtschaft – DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, 2. Aufl. Berlin 1996, S. 175.

⁴⁴ Vgl. Felix Mühlberg: Eingaben als Instrument informeller Konfliktbewältigung, in: Badstübner, Befremdlich anders, S. 233.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 235.

⁴⁶ „Die Entscheidung über Eingaben ist spätestens innerhalb von 4 Wochen nach Eingang oder Bekanntwerden der Eingabe zu treffen und dem Bürger mitzuteilen.“ Zit. nach: Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger § 7 Absatz 2, in: Büro des Ministerrates (Hg.): Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, S. 461f.

⁴⁷ Werner Klemm, Manfred Naumann: Zur Arbeit mit den Eingaben der Bürger, Berlin 1977, S. 12.

fentlichungen wurden Eingaben als Bestandteil der „sozialistischen Demokratie“ verstanden, durch welche den Bürgern eine aktive Mitgestaltung und Teilnahme am sozialistischen Leben möglich werden sollte. Untersucht man jedoch verfügbare Eingaben der 1970er Jahre aus dem Bereich der Stadt Halle/Saale auf ihre Ausrichtungen und Zielsetzungen, so entsteht ein weitaus differenzierteres Bild als es die SED-Propaganda glauben machen wollte. Ein verschwindend kleiner Anteil⁴⁸ der Eingabenschreiber verwies auf generelle gesellschaftliche Missstände, um so, dem sozialistischen Verständnis von Demokratie folgend, das kollektive Leben mitzugestalten. Unter den 1.460 im Zeitraum zwischen Januar und August 1980 im Bereich „Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik“ realisierten Eingaben befanden sich nur 128 Eingaben, die von den Sachbearbeitern als „Hinweise und Vorschläge“ eingestuft worden waren. Der Großteil der Eingaben widmete sich vielmehr persönlichen Problemen und vermeintlichen Benachteiligungen unter Anwendung verschiedener Strategien. Nur selten handelte es sich hierbei um Darstellungen persönlicher Probleme, welche auch für die Allgemeinheit eine gewisse Relevanz besaßen und somit in den Kontext der aktiven gesellschaftlichen Mitgestaltung gesetzt hätten werden können.⁴⁹ Letztlich wies jedoch das massive Aufkommen von Eingaben zu einem bestimmten Themenkomplex auf generelle Missstände auf diesem Sektor hin.

Wie dargestellt, fungierte die Eingabe in der DDR für den Bürger als Konfliktbewältigungsinstrument in der Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen. Interessanterweise wird in einer Broschüre unter dem Titel „Zur Arbeit mit den Eingaben der Bürger“ in der Schriftenreihe „Der Sozialistische Staat“ die Frage aufgeworfen, ob die hohe Zahl der Eingaben mit einer mangelhaften Leitung der SED gleichzusetzen wäre.⁵⁰ Durch diese Frage stellte die SED selbst die Eingaben in einen unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer „Herrschaft“. Folgt man den Autoren der Schrift, so sei die Einschätzung: „gibt es viele Eingaben, muss auch die Leitung mangelhaft sein, [...] grundsätzlich nicht richtig“⁵¹. Vor dem Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ würden die Eingaben, neben der Bemängelung konkreter Missstände, vielmehr der praktischen Umsetzung von Demokratie im so genannten real existierenden Sozialismus der DDR dienen. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu hinterfragen, inwieweit Millionen von Eingaben

⁴⁸ Eine genaue Analyse des prozentualen Anteils von Eingaben, die „Vorschläge und Hinweise“ enthielten, ist für den Untersuchungszeitraum nicht möglich, da diese Eingaben in Halle/Saale erst ab 1979 separat erfasst wurden.

⁴⁹ Vgl. Ralf Lüdtke, Peter Becker (Hg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997.

⁵⁰ Klemm/Naumann, Zur Arbeit, S. 8.

⁵¹ Ebd., S. 8.

bezüglich unterschiedlichster Wohnungsprobleme für die SED vorwiegend als demokratische Willensbekundung der Bevölkerung zur entscheidenden Verbesserung der Wohnverhältnisse durch den Staat anzusehen sind.

Wie die im Staatsverlag der DDR erschienene Broschüre zeigt, propagierten die für politische Arbeit zuständigen Führungskader der SED die Auffassung, dass der DDR-Sozialismus der aktiven, demokratischen Teilhabe der Bürger bedurfte. Der Staatslehre folgend, galt im Sozialismus, unter Anwendung des Prinzips des „demokratischen Zentralismus“, die Partei als „bewußter Vortrupp der Arbeiterbewegung“, die Entscheidungen im Staat traf und damit die Souveränität des Volkes verwirklichte.⁵² Aus sozialistischer Sicht war die SED jedoch, um dies tun zu können, auf die Mitwirkung der Bürger, hier in Form von Eingaben, angewiesen. In der Perspektive westlicher Demokratiekonzepte schließen sich aber die bloße Existenz einer „Staatspartei“ vom Typ der SED und der Begriff der Demokratie von vornherein aus. Um nachvollziehen zu können, wie die Machthaber in der DDR einerseits die demokratische Mitarbeit der Bürger fordern und andererseits „Abweichler“ und „Andersdenkende“ für Jahre in den Gefängnissen des Ministeriums für Staatssicherheit verschwinden lassen konnten, dürfen ‚westliche‘ Maßstäbe nicht von vornherein den Blick verstellen für das widerspruchsvolle Nebeneinander von staatlicher Repression und postulierter Absicht der SED, die politische Teilhabe der Bürger zu garantieren.

Hier erschwert das Operieren mit einem modernen westlichen Demokratiebegriff die Einordnung der „demokratischen Mitbestimmungsmittel“ der Bevölkerung in der DDR. Als „goal culture“⁵³ unterlag das Gesellschaftssystem in der DDR in hohem Maß den ideologischen Vorgaben der Lehre des Marxismus-Leninismus und den hieraus entstandenen gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien. Aus der Perspektive der SED galt es „Abweichler“ zu isolieren und die „rechtschaffenen Staatsbürger“ am Aufbau des neuen Gesellschaftssystems zu beteiligen. Ein Element der Beteiligung stellte laut SED, neben der Möglichkeit zur Mitwirkung in staatlichen Organisationen auch das Aufzeigen von Missständen in Eingaben dar. Als „Vortrupp der Arbeiterbewegung“ versuchte die SED dem eigenen Verständnis folgend, vorgeblich durch die Berücksichtigung der von den Bürgern dargestellten Schwierigkeiten „sozialistische Demokratie“ herzustellen. Im vermeintlichen Wissen über die fehlende Legitimation der Partei durch freie Wahlen betonte diese unablässig und formelhaft die Losung von der Mitgestaltbarkeit der Gesellschaft durch die Bürger und schuf somit für ihren

⁵² Eppelmann u.a., Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 157.

⁵³ Gert Joachim Glaebner: Demokratie und Politik in Deutschland, Opladen 1999, S. 58.

Herrschaftsanspruch eine Ersatzlegitimation.⁵⁴ Unabhängig davon, ob die SED im Sinne Peter Skybas „Sozialpolitik als Herrschaftspolitik“ verfolgte und ihre „sozialpolitischen Geschenke“ durch Eingaben zielsicherer platzieren konnte oder ob sie den eigenen Äußerungen folgend eine größtmögliche Beteiligung der Bürger beim Aufbau eines neuen Staates zu ermöglichen suchte, wurden durch das Eingabenwesen den Bürgern Spielräume für die Artikulation ihrer Anliegen eröffnet.⁵⁵ Inwieweit jedoch die Anliegen Berücksichtigung fanden, war des Weiteren von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umständen abhängig.

Eine abschließende Einschätzung der Motive der SED kann vom derzeitigen Erkenntnisstand nicht gegeben werden und bedarf einer ausführlichen Sichtung und Auswertung parteiinterner Unterlagen. Unabhängig davon, ob man sich dem Bereich der demokratischen Teilhabe in der DDR vom Standpunkt der Ideologie des Marxismus-Leninismus oder von einem westlichen Demokratieverständnis aus nähert, bleiben jedoch die erwähnten „Drohstrategien“ der Bürger richtungweisend. Das Ansteigen der Chancen, an die begehrte Wohnung zu gelangen, durch die Drohung, die DDR zu verlassen, kann in keinem wie auch immer gearteten Staat Ausdruck eines demokratischen Verständnisses sein. Gerade die in den Eingaben enthaltenen und somit die SED-Legitimationsbasis in Frage stellenden Drohungen scheinen die These von der Eingabe als demokratisches Mittel zunächst ad absurdum zu führen. Doch auch wenn die erwähnten Drohungen und die Begrifflichkeit „demokratisch“ nicht vereinbar zu sein scheinen, eröffnete das Verfassen von Eingaben den Bürgern der DDR zumindest die Möglichkeit, ihre Anliegen zu artikulieren. Inwieweit die SED diesem so bekundeten Willen der Bevölkerung in der wohnungspolitischen Praxis Rechnung trug, soll im nachfolgenden Abschnitt untersucht werden. Zunächst muss dabei aber nach dem bisherigen Stand der Forschung die Frage noch offen bleiben, wie ernst es der SED eigentlich mit dem Versprechen war, die Bürger durch Eingaben politisch teilhaben zu lassen bzw. ob die Eingaben letztlich nur der Ruhigstellung innerer oder äußerer Kritiker dienten und dienen sollten.⁵⁶

⁵⁴ Eppelmann u.a., Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 149f.

⁵⁵ Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 39-80.

⁵⁶ Aufgrund fehlender Forschungen zur Gedankenwelt der führenden SED-Mitglieder kann an dieser Stelle keine abschließende Antwort auf diese Frage gefunden werden. Die Autobiographie von Erich Honecker: Erich Honecker – Aus meinem Leben, Berlin 1982, S. 496f., zeigt m.E., auch unter Berücksichtigung der propagandistischen Zwecke dieser Veröffentlichungen, wie stark der SED-Chef vom Gedanken der „sozialistischen Demokratie“ durchdrungen war. Inwieweit dies jedoch praktische Auswirkungen bei der bewussten partizipatorischen Spielräumen für die Bevölkerung hatte, kann nicht abgeschätzt werden.

Vom Standpunkt der Bürger aus gesehen, war das massive Aufkommen von Eingaben, welche die SED-Wohnungspolitik betrafen, sicherlich kein Zeichen für den Versuch, die sozialistische Gesellschaft aktiv mitzugestalten, sondern vielmehr ein Indikator für die katastrophale Situation im Bereich der Wohnraumversorgung sowie für den Versuch, die persönliche Situation zu verbessern. In diesem Sinne wird in dieser Arbeit ein hohes Eingabenaufkommen als Indikator einer verfehlten Leitungs- und Planungspolitik seitens der SED angesehen. Um in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Eingaben herausarbeiten zu können, gilt es, den begrenzten Handlungsspielraum der DDR-Bürger bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu betonen. Während sich in westlichen Demokratien die Bevölkerung in gemeinsamen Initiativen und Bürgerbewegungen zusammenschließen konnte, um somit ihrem Anliegen kollektiv mehr Ausdruck zu verleihen, war Streiken und „Fraktionsbildung“ in der DDR verpönt und seit den 1950er Jahre mit dem Stigma des Verrates besetzt. Wollte der DDR-Bürger seine Interessen gegenüber der omnipräsenten Staatspartei durchsetzen, ohne in den Verdacht des „Aufrührertums“ zu geraten, blieb ihm häufig nur die Möglichkeit, eine Eingabe zu verfassen. Ähnlich wie in westlichen Demokratien, wo von der jeweiligen Regierungspartei enttäuschte Bürger dieser bei der kommenden Wahl ihre Zustimmung entzogen, drohten findige Eingabenschreiber⁵⁷ in der DDR zumindest mit dieser Maßnahme.

Doch anders als in westlichen Demokratien existierte in der DDR eben, ungeachtet des Bestehens von Blockparteien,⁵⁸ nur zum Schein ein pluralistisches Parteiensystem. Trotz der Versuche, die Bevölkerung mit Hilfe von Einschüchterung und Repression zur „Abstimmung“ zu bewegen, musste sich die SED der dauerhaften Unwirksamkeit ausschließlich „harter Herrschaftsstabilisatoren“ bewusst sein und war damit bei Wahlen zugleich von einer Art stillschweigenden Übereinkunft zwischen ihr und der Bevölkerung abhängig.⁵⁹ Die SED suchte den Anschein von Demokratie bzw. demokratischer Legitimation durch Wahlen sowohl nach außen als auch gegenüber der eigenen Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Die Bevölkerung wiederum beantwortete das in der Sozialpolitik zum Ausdruck kommende „Werben“ der SED um das stille Einverständnis der Bürger mit einer Form der Zustimmung, welche sich teilweise in der Teilnahme an diesen „Wahlen“

⁵⁷ Zu den verschiedenen Strategien vgl. auch Mühlberg, Eingaben, S. 246 f.

⁵⁸ Schroeder, Der SED-Staat, S. 78. Der im Vorfeld der Wahlen festgelegte Mandatsverteilungsschlüssel, regelte unabhängig vom tatsächlichen Wahlergebnis die Mandatsverteilung.

⁵⁹ Die stattfindende Aufstockung sowohl sozialpolitischer Leistungen als auch die massive personelle Verstärkung des MfS, beginnend in den 1970er Jahren, war Ausdruck des Nebeneinanders „harter und weicher Herrschaftsstabilisatoren“ zum Machterhalt der SED-Herrschaft in der DDR.

niederschlug.⁶⁰ Dass die Bevölkerung angesichts der fortwährenden Wahlerfolge der SED (mit annähernd 100 Prozent der Stimmen für die Einheitsliste und einer Wahlbeteiligung von mehr als 90 Prozent über fast 40 Jahre) die Wahlergebnisse bzw. den Wahlvorgang tatsächlich als korrekten Ausdruck eines ‚demokratisch‘ ermittelten Wählerwillens ansah, ist hingegen zu bezweifeln.⁶¹

In diesem System des gegenseitigen „Wohlverhaltens“ stellte daher schon die Drohung mit der Wahlverweigerung ein überdeutliches Alarmsignal dar. Häuften sich Drohungen dieser Art, mussten gesellschaftliche Destabilisierung bzw. der generelle Herrschaftsverlust befürchtet werden.⁶² Daher zeitigte gerade die Drohung mit der Aufkündigung des „stillschweigenden Arrangements“ Erfolge für die Eingabenschreiber im Hinblick auf die Realisierung ihrer Wünsche.⁶³ Während in westlichen Demokratien in der Regel die Nicht- bzw. Abwahl einer Partei lediglich zu einer Stimmverlagerung auf andere Parteien führte, hätte ein massenhafter „Zustimmungsentzug“ in der DDR als Vorbote vermeintlicher Aufstände bzw. des Zerfalls des Staates gedeutet werden müssen. Somit stellte das Fehlen realiter aussagekräftiger Legitimationsverfahren die Achillesferse der SED-Herrschaft dar und begründete die Notwendigkeit, Ersatzlegitimationen zu schaffen. Diese Konstellation stellte die Grundlage für die große Bedeutung von Eingaben in der DDR dar, und vor diesem spezifischen Hintergrund fungierte die Eingabe als ein wirksames Mittel, durch welches die Bevölkerung ihre Anliegen und Begehren – beispielsweise nach mehr Wohnungen – zum Ausdruck brachte. War es den Bürgern auch nicht möglich, die Zustimmung oder Ablehnung im Hinblick auf die SED-Politik bei den Wahlen zum Ausdruck zu bringen, so konnten zumindest in den Eingaben jene politischen Felder formuliert werden, auf denen Aktivitäten vermisst wurden. So wurden der Bevölkerung Partizipationsspielräume eröffnet, die in dieser Form, außer durch Mitgliedschaft in staatlichen Organisationen, in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht zu finden waren. Zugleich erhielt die SED ein Instrument, mit dem Stimmungslagen und Wünsche der Bevölkerung ermittelt und so die

⁶⁰ Zu weiteren Motiven der Bevölkerung vgl. Wolle, *Die heile Welt der Diktatur*, S. 120f.

⁶¹ Vgl. Eppelmann u.a., *Lexikon des DDR-Sozialismus*, S. 672f.; Gerhard A. Ritter: *Wahlen in Deutschland 1946-1991*, München 1991, S. 189.

⁶² Besonders seit den Ereignissen des 17. Juni 1953 überwachten die SED und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die Stimmungslage in der Bevölkerung. Dieses, in der DDR-Geschichtsschreibung häufig als „Lernschock“ für die SED bezeichnete, Ereignis, führte dieser vor Augen, dass es nicht möglich war, an den Bedürfnissen der Bevölkerung „vorbeizuregieren“ ohne einen Herrschaftsverlust befürchten zu müssen.

⁶³ Hierzu und generell zu den verschiedenen Strategien der Bürger vgl. Felix Mühlberg: *Bürger, Bitten und Behörden – Geschichte der Eingabe in der DDR*, Berlin 2004.

Legitimationsdefizite im Bereich demokratischer Wahlen ausgeglichen werden konnten.

5. Eingabenanalysen aus der Stadt Halle/Saale – Tendenzen und politische Reaktionen

Der folgende empirische Teil der Arbeit dient dem Ziel, die oben dargestellten Beschlüsse, Anordnungen und Zielsetzungen der SED in der Eingabepolitik auf ihre praktische Wirksamkeit hin zu untersuchen. Unter Verwendung der im SAH vorhandenen Zahlenanalysen werden sowohl die Gesamteingabenzahlen als auch die Zahlen der speziell die Wohnungsproblematik betreffenden Eingaben für den Zeitraum von Januar 1972 bis August 1980 dargestellt und verglichen. Hierzu wurden die im SAH unter der Bezeichnung „Oberbürgermeister der Stadt Halle“ archivierten Quartalseingabenanalysen ausgewertet. Neben dem Oberbürgermeister von Halle, den Räten der Kreise, Städte und Gemeinden, zählten der Staatsrat der DDR sowie nachgeordnete Betriebe und Einrichtungen zu den Hauptadressaten der Eingaben aus dem Bereich der Stadt Halle. Die der Untersuchung zugrunde liegende Gesamteingabenzahl beläuft sich auf 51.586 Stück und berücksichtigt sowohl mündliche als auch schriftliche Eingaben. Zur Beantwortung der Frage, ob bzw. inwieweit es den Bürgern der DDR möglich war, durch das Verfassen von Eingaben Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, soll die folgende Lokalstudie Aufschluss über gesellschaftliche Stimmungen in Halle in dieser Phase geben und zugleich grundlegendere Erklärungsansätze für politisches Handeln in der DDR liefern. In diesem Zusammenhang wurde Halle exemplarisch für viele unter den Problemen der drückenden „Wohnraumknappheit“ leidende ostdeutsche Groß- bzw. Mittelstädte ausgewählt.⁶⁴ Zur besseren Veranschaulichung und Einordnung soll in der folgenden Darstellung ein Überblick über die Altersstruktur der Bausubstanz im Gebiet der Stadt Halle/Saale gegeben werden.

⁶⁴ Vgl. Hannsjörg F. Buck: Wohnungsversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall, in: Eberhard Kuhrt, Hannsjörg F. Buck, Gunter Holzweißig (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus, Band 2: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 75.

Tabelle 1: Altersstruktur der Bausubstanz in Halle/Saale 1992
(inklusive Halle-Neustadt)⁶⁵

Bauzeit	Anzahl der Wohneinheiten (WE) im Bestand 1992
vor 1919	48.770
nach 1919	14.889
nach 1945	27.823
nach 1970	53.723
Gesamt	145.205

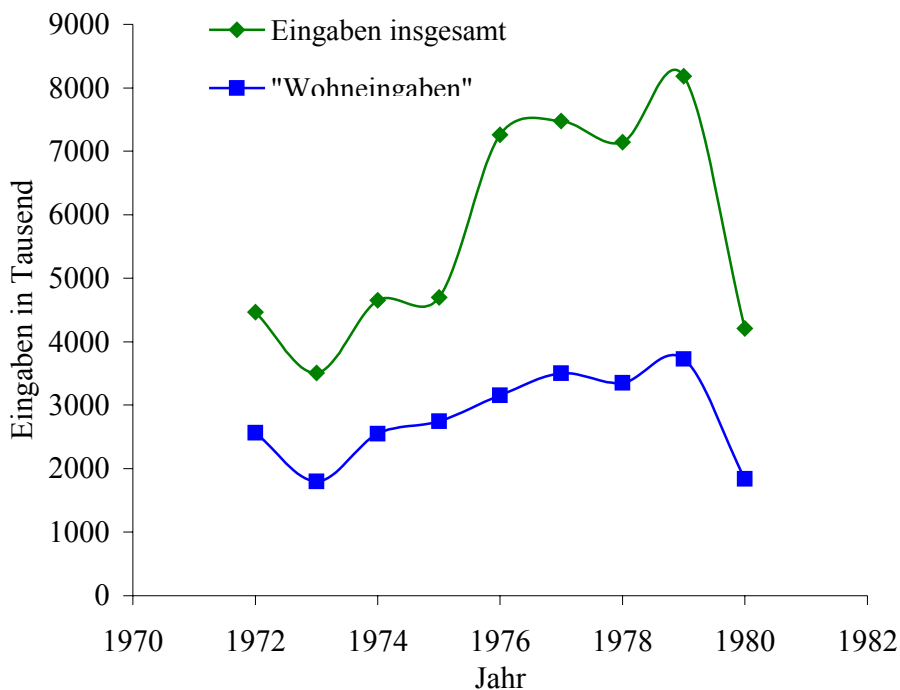


Abbildung 1: Eingabenaufkommen in der Stadt Halle/Saale 1972-1980 – Gesamtaufkommen und Wohnungsprobleme betreffende Eingaben („Wohneingaben“).

Wie in Abbildung 1 auf der Grundlage eigener Berechnungen unter Berücksichtigung der im Stadtarchiv Halle verfügbaren Eingabenzahlen gezeigt wird, stieg die Menge der Gesamteingaben im Untersuchungszeitraum, mit einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 1973 und 1978, kontinuierlich an. Der vermeintliche kurzfristige Rückgang der Gesamteingabenzahl im Jahr 1980 ist dadurch zu erklären, dass für das zweite Quartal derzeit keine Zahlen vorliegen. Geht man in diesem Zusammenhang für das zweite Quartal 1980

⁶⁵ Zahlen nach Thomas Engelhardt: Wohnungsversorgung im Spannungsfeld der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen am Beispiel Halle/Saale, in: Franz Koch, Claus Reis: Wohnungspolitik in sozialpolitischer Perspektive, Frankfurt/M. 1992, S. 343.

von einer annähernd hohen Eingabemenge wie im ersten Quartal aus, so liegt das Jahreseingabenaufkommen ähnlich dem des Jahres 1979 bei circa 8.000. Über die Gründe für den ansonsten kontinuierlichen Anstieg können bislang nur Hypothesen aufgestellt werden. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass unterschiedliche Gesetzesverordnungen in den 1970er Jahren das Eingaberecht konkretisierten und auf diese Weise die Eingabenarbeit durch Festsetzung von Fristen und Verfahrensweisen effektiver gestalteten. An dieser Stelle ist angesichts des Anstiegs der Jahreseingabemenge von 4.697 (1975) auf 7.257 (1976) daher auf das am 19. Juni 1975 erlassene Eingabengesetz zu verweisen. Des Weiteren kann vor dem Hintergrund der Verdoppelung der Eingabemenge innerhalb des Zeitraumes von 1972 bis 1979 von einem „Trend“ hin zur Eingabe innerhalb der Bevölkerung gesprochen werden.

Zur Erklärung dieses enormen Anstiegs der Gesamteingabemenge wurden insgesamt vier Hypothesen aufgestellt:

1. Möglicherweise erkannten die an lange Wartezeiten bei der Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen gewöhnten DDR-Bürger in der Eingabe einen Weg, ihre Anliegen aussichtsreich durchzusetzen. Erfolgreiche Einzelfälle könnten somit als Initialzündler für eine ganze Welle von Eingaben ausschlaggebend gewesen sein.
2. Auf der anderen Seite kann das Ansteigen der Eingabenzahlen auch als Anzeichen für die einsetzende Resignation der Bürger gesehen werden. In diesem Zusammenhang, und vor dem Hintergrund der teilweise verbitterten und resignierten Eingabentexte, könnte die Eingabe als letztes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Wünsche und Anliegen bewertet werden.
3. Zudem könnte das Ansteigen der Eingabemenge als Indikator für den Versuch seitens der Bürger angesehen werden, die von der Parteiführung gemachten Versprechungen bezüglich der Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus einzufordern.
4. Ebenso kann man annehmen, dass außenpolitische Veränderungen, wie die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR sowie die KSZE-Schlussakte von Helsinki, von der DDR-Bevölkerung als Zeichen der Liberalisierung eingeschätzt wurden. Als Folge dessen könnten die Bürger vermehrt mit ihren Anliegen an staatliche Institutionen herangetreten sein. Dieses Argument würde jedoch nur bis Mitte der 1970er Jahre tragfähig sein, als die kurze Liberalisierungsphase mit der Ausweisung Wolf Biermanns am 16. November 1976 ihr sichtbares Ende fand. Ein möglicher Bevölkerungszuwachs, welcher die Erhöhung des Eingabenauf-

kommens befördern hätte können, ist aufgrund der nahezu gleich bleibenden Einwohnerzahl der Stadt Halle/Saale ebenfalls auszuschließen.⁶⁶

Grundlegend kann festgehalten werden, dass sich die Eingabenzahlen von Beginn bis Ende der 1970er Jahre nahezu verdoppelten. Einzelne Spitzenwerte werden hierbei im Vorfeld von Parteitag und Wahlen erzielt. Im Untersuchungszeitraum fanden sowohl im Jahr 1974 (Kommunalwahlen – 19. Mai 1974), 1976 (Volkskammerwahl, Bezirkstagswahl – 26. Oktober 1976) als auch im Jahr 1979 (Kommunalwahlen – 20. Mai 1979) Wahlen statt. Im Zusammenhang von Eingaben und Wahlen offenbaren sich in der DDR bemerkenswerte Verhaltensmuster seitens aller Beteiligten. Im Wissen um die Bedeutung der ab 1974 fünfjährlich wiederkehrenden „Meinungsbekundungsverfahren“ für die SED verfassten findige Eingabenschreiber ihre Beschwerdebriefe besonders im Vorfeld von Wahlen, da dies die größte Aussicht auf Erfolg versprach.⁶⁷ Auf der anderen Seite bearbeiteten die zuständigen Behörden die Eingaben der Bürger zu Wahlzeiten augenscheinlich weitaus gründlicher, um somit Kompetenz, Verständnis sowie Bürgernähe zu suggerieren.⁶⁸ In diesem Zusammenhang sollten so viele Vorschläge, Hinweise, Anliegen und Beschwerden wie möglich bearbeitet bzw. realisiert werden, um hierdurch eine maximale Zustimmung erreichen zu können. Zur besseren Erfassung der Eingaben während der Wahlzeit wurden ab Mitte der 1970er Jahre Wahleingaben separat dokumentiert.

Im folgenden veranschaulicht Abbildung 2 den Anteil der „Wohneingaben“ am Gesamteingabenaufkommen im Zeitraum zwischen 1972 und 1980. Da für die ersten drei Monate des Jahres 1972 keine Einzelanalysen zur Verfügung standen, konnte für die Ermittlung der jährlichen Eingabenzahlen nur die Analyse des ersten Quartals insgesamt herangezogen werden. Ebenso standen für die Monate Februar 1973 und Dezember 1974 keine aussagekräftigen Zahlen zur Verfügung. Unter dem Oberbegriff „Wohneingaben“ wurden die drei Eingabebereiche „Wohnungspolitik/Wohnungswirtschaft“, „Werterhaltung“ und „Wohnungsbau“ zusammengefasst. Hinter den Eingaben zu Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik verbargen sich Beschwerden, welche die Bereiche der Wohnraumvergabe, Wohnraumlenkung sowie Anordnungen seitens der SED auf wohnungspolitischen Gebieten betrafen. Die Eingaben zu Fragen der Werterhaltung und Baureparaturen von bzw. an Gebäuden forderten Reparatur- und Instandsetzungsleistungen sowie die Verbesserung des Zustands der Bausubstanz. Die Eingaben

⁶⁶ Die Einwohnerzahl der Stadt Halle/Saale belief sich am 1. Januar 1971 auf 257.261, am 31. Dezember 1975 auf 237.349 und am 31. Dezember 1981 auf 232.622.

⁶⁷ Auch in Halle erhöhte sich die Gesamtzahl der eingereichten Eingaben im Vorfeld der Volkskammerwahlen vom 26. Oktober 1976.

⁶⁸ Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 119.

zum Bereich Wohnungsbau bzw. Bauwirtschaft betrafen beispielsweise den Eigenheimbau, spielten jedoch aufgrund ihrer geringen Anzahl in der vorliegenden Analyse eine untergeordnete Rolle.

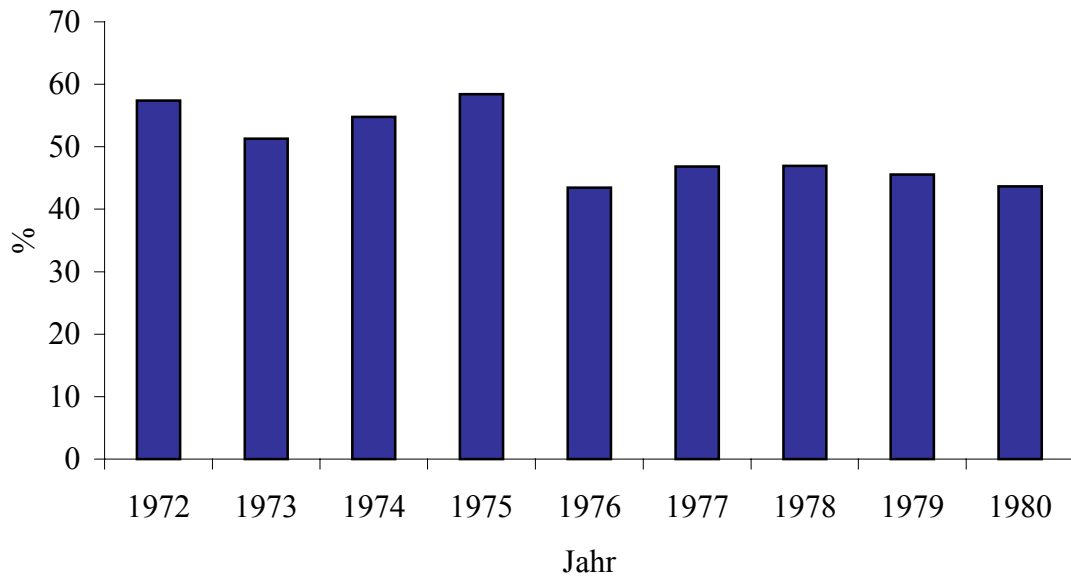


Abbildung 2: Anteil der „Wohneingaben“ am Gesamteingabenaufkommen in der Stadt Halle/Saale 1972-1980

Die Untersuchung der im Stadtarchiv Halle/Saale verfügbaren Zahlenanalysen aus dem Zeitabschnitt zwischen 1972 und 1980 ergab, wie Abbildung 2 verdeutlicht, dass der durchschnittliche Anteil der „Wohnungsprobleme betreffenden Eingaben“ am Gesamtaufkommen bei rund 50 Prozent lag. Stellt man jedoch den Anteil des Jahres 1972 (57,4 Prozent) dem des Jahres 1979 (45,52 Prozent) gegenüber, ist ein prozentualer Rückgang von 12 Prozent zu verzeichnen.

Unter Berücksichtigung des gleichzeitigen Anstiegs der Gesamteingabenzahl entsteht aber ein ganz anderes Bild. Wie in Tabelle 2 aufgezeigt wird, lag die Gesamteingabenzahl im Jahr 1972 bei 4.465 Stück, die Menge der „Wohneingaben“ betrug 2.563. Der Anteil am Gesamtaufkommen lag, wie erwähnt, bei 57,4 Prozent. Für das Jahr 1979 ergibt sich ein vollkommen anderes Bild. Die Gesamteingabenzahl ist mit 8.184 um nahezu das Doppelte im Vergleich zu 1972 angestiegen. Unter diesen 8.184 Eingaben befinden sich 3.725 Wohnungsprobleme betreffende Beschwerden, Kritiken, Hinweise oder Vorschläge. Stellt man somit die Zahl der „Wohneingaben“ von 1972 denen des Jahres 1979 gegenüber, ist diese binnen sieben Jahren um 1.162 Eingaben angestiegen. Mit zwei Ausnahmen in den Jahren 1973 und 1978 stieg die Zahl der „Wohneingaben“ also kontinuierlich an. Der prozentuale Anteil am

Gesamteingabenaufkommen lässt einen Relevanzzuwachs anderer Bereiche vermuten, auf welche jedoch nicht näher eingegangen werden kann.

Tabelle 2: Anteil der Eingaben zu Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik am Gesamteingabenaufkommen in Halle/Saale 1972-1980

Jahr	Eingaben Insgesamt	Zu Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik	Prozent
1972	4465	2009	44,99
1973	3506	1378	39,30
1974	4654	1410	30,30
1975	4697	1257	26,76
1976	7257	1546	21,30
1977	7473	1645	22,01
1978	7142	1617	22,64
1979	8184	1941	23,72
1980	4208	1066	25,33

Tabelle 3: Anteil der Eingaben zu Werterhaltung und Baureparaturen am Gesamtaufkommen in Halle/Saale 1972-1980

Jahr	Eingaben Insgesamt	Werterhaltung	Prozent
1972	4465	518	11,60
1973	3506	384	10,95
1974	4654	1044	22,43
1975	4697	1433	30,51
1976	7257	1575	21,70
1977	7473	1840	24,62
1978	7142	1718	24,05
1979	8184	1742	21,29
1980	4208	721	17,13

Wie in Tabelle 2 dargestellt, machten Eingaben zum Thema Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik in den frühen 1970ern nahezu die Hälfte des Gesamteingabenaufkommens der Stadt Halle/Saale aus. Wie aus Tabelle 3 zu ersehen ist, rangierten Werterhaltungs- und Baureparatureingaben mit gut einem Fünftel am Gesamtaufkommen an einer untergeordneten Stelle. Während jedoch Wohnungswirtschaftseingaben in ihrer zahlenmäßigen Menge in der ersten Hälfte der 1970er Jahre abzunehmen begannen, stieg das Aufkommen der Werterhaltungseingaben von 1973 zu 1974 um fast das

Dreifache an. Dies macht deutlich, dass Mitte der 1970er Jahre eine mittelfristige Schwerpunktverlagerung stattfand.

Über die Ursachen hierfür können jedoch nur Vermutungen angestellt werden. Der Einbruch der Eingabenmenge aus dem Bereich Wohnungswirtschaft im Jahr 1973 ist zunächst auf die Quellenlage zurückzuführen, die für den Monat Februar, wie erwähnt, nur unvollständige Zahlen ergibt. Ginge man hypothetisch von einer Durchschnittszahl von 150 wohnungspolitischen Eingaben im Februar 1973 aus, so wäre für den Zeitraum 1972 bis 1975 ein kontinuierliches Absinken der Eingabenmenge zu verzeichnen. Ab 1976 beginnt dann die Zahl der Eingaben zum Bereich der Wohnungswirtschaft erneut zu steigen, um 1979 annähernd den Wert von 1972 zu erreichen.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen ist anzunehmen, dass staatliche bzw. städtische Initiativen Mitte der 1970er Jahre die Verteilung von Wohnraum beförderten, wodurch es zu einem generellen Absinken des Eingabenaufkommens kam. Die vermehrte Vergabe von Wohnungen in der 1967 errichteten halleschen Randstadt Halle-Neustadt kann als eine dieser Initiativen angesehen werden, durch die Bürger aus dem Zuständigkeitsbereich der Stadt Halle/Saale und somit auch aus deren Eingabenlisten verschwanden. Der Eingabebereich Werterhaltung und Baureparaturen funktionierte jedoch nach anderen Regeln. War es auf dem Sektor der Wohnungswirtschaft möglich, ein kurzzeitiges Absinken der Eingabenzahlen durch die Bereitstellung neuer Wohnungen und die Verschiebung der Bevölkerung in andere Zuständigkeitsbereiche herbeizuführen, so schritt der Verfall der veralteten Bausubstanz weiter voran und bot daher weiterhin Anlass zu Eingaben. So kann zwar der Rückgang von Eingaben aus dem Bereich Wohnungswirtschaft als Indikator für eine kurzfristige, partielle Verbesserung der Wohnverhältnisse gewertet werden. Die Zunahme bzw. die Konstanz der Eingabenmenge im Segment Werterhaltung und Baureparaturen verdeutlicht dagegen das generelle Problem der SED-Wohnungspolitik mit der Altersstruktur der Bausubstanz. Der Wohnungsfond der DDR bestand zu großen Teilen aus Häusern, welche vor 1918 errichtet worden waren.⁶⁹ Eines der grundlegenden Probleme der SED war es somit, diese alte Bausubstanz zu erhalten oder schnellstmöglich zu ersetzen. Da jedoch die Neubauten nicht so schnell errichtet werden konnten wie die Altbausubstanz verfiel, mussten weiterhin Teile der Bevölkerung unter schlechtesten Bedingungen leben.⁷⁰

⁶⁹ Vgl. Hans Joachim Krehl (Hg.): Wohnungsbausubstanz und Wohnbaubedarf in der DDR, Leipzig 1990, S. 19.

⁷⁰ Vgl. hierzu die Darstellung des Sanierungsgrades sowie der Altersstruktur der Bausubstanz bei Hansjörg F. Buck: Wohnungsversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall, in: Kuhrt u.a., Am Ende, Band 2, S. 67-110. Vgl. auch Tesch, Der Wohnungsbau in der DDR.

In diesem Sinne hätte eine Verminderung des Aufkommens an Werterhaltungseingaben als Zeichen eines generellen Umschwungs, als Indikator für die grundlegende Verbesserung der Bausubstanz und somit letztlich als Anzeichen für eine weite Teile der Bevölkerung betreffende Erhöhung der Wohn- und hierdurch der Lebensqualität dienen können. Das Ansteigen der Eingabenmenge aus dem Bereich Werterhaltung und Baureparaturen kann im Umkehrschluss als ein Anzeichen für den fortwährenden Versuch der halleischen Bevölkerung angesehen werden, ihre sich ständig verschlechternde Wohnsituation zu verbessern. Unter Gebrauch des gesetzlich verbrieften Rechtes auf das Verfassen von Eingaben schalteten die Bürger verschiedene kommunale und staatliche Institutionen und Entscheidungsträger in der Hoffnung ein, dass sich die Behörden hierdurch der Probleme annehmen würden, die durch den schlechten Zustand der Altbausubstanz verursacht wurden. Um jedoch eine abschließende Einschätzung über die Motive der Bevölkerung für das Verfassen von Eingaben geben zu können, gilt es in zukünftigen Untersuchungen mit Hilfe inhaltsanalytischer Instrumentarien Einblick in die wenigen im Original überlieferten Eingabentexte zu nehmen.

Die Untersuchung der verfügbaren Eingabenzahlen aus den Jahren 1972 bis 1980 zeigt, dass es der SED trotz der Investition von immensen finanziellen Mitteln in den Neu- bzw. Umbau von Wohnungen offenbar nicht gelang, die Bedürfnisse der Bevölkerung so zu befriedigen, dass dies zu einem Sinken der Eingabenzahlen geführt hätte. Diese Beobachtung belegt das Ausmaß der Wohnungsprobleme in der Bezirksstadt Halle/Saale, wenn nicht gar in der gesamten DDR.⁷¹ Der Anstieg bzw. die Stagnation der Eingabenzahlen signalisierte der SED, dass es notwendig war, die wohnungspolitischen Initiativen fortzusetzen bzw. sogar zu intensivieren. Doch während die DDR-Bevölkerung die SED verstärkt auf die Dringlichkeit weiter wohnungspolitischer Initiativen hinwies, veränderte sich die finanzielle Situation bzw. die Außenhandelsbilanz der DDR grundlegend. Bereits seit Mitte der 1970er Jahre fiel es der SED immer schwerer, die Zahlungsbilanz der DDR auszugleichen. Verschärfend kam hinzu, dass die Preiserhöhungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt nach und nach von der Sowjetunion, als Haupthandelspartner für Rohstoffe der DDR, an die DDR weitergegeben wurden. Auch die Führungsebene der SED konnte die Augen nicht vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit verschließen. Honecker stellte bereits 1975 fest: „So ein Problem hat noch nie vor der DDR gestanden. An sich müssten wir Pleite anmelden“.⁷² Um trotz der sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedin-

⁷¹ Vgl. zum baulichen Zustand Ingeborg Flagge (Hg.): *Geschichte des Wohnens – Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau – Umbau*, Stuttgart 1999, S. 545.

⁷² Zit. nach Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung*, S. 57.

gungen das ehrgeizige Großprojekt „Wohnungsbauprogramm“ fortsetzen zu können, verordnete die SED den Bauschaffenden der DDR auf dem X. Parteitag (1981) eine Produktionserhöhung für den Fünfjahresplan 1981-1985 auf 124 bis 126 Prozent.⁷³ Während ab 1981 einerseits verstärkt Baumaterialien und Bauleistungen exportiert wurden, um den „Devisenhunger“ der DDR stillen zu können⁷⁴, erwartete die SED andererseits eine Verkürzung der Bauzeit der Gebäude um 30 bis 50 Prozent⁷⁵. Die neue Zielrichtung der Wohnungspolitik stellte Honecker wie folgt dar: „Absolut in den Vordergrund tritt jedoch, die vorhandenen Bauanlagen intensiver zu nutzen, besser zu pflegen und zu erhalten, sie zu rekonstruieren und zu modernisieren. [...] Denken wir in diesem Zusammenhang auch daran, wie wesentlich die Erhaltung städtischer Altbaugebiete ist.“⁷⁶ Waren in den vorangegangenen Jahren vorwiegend in Großplattenbauweise errichtete Neubausiedlungen auf der „Grünen Wiese“ entstanden, so sollte der Fokus der SED-Wohnungspolitik im nächsten Planjahr fünf auf die Erhaltung der innerstädtischen Bausubstanz gerichtet sein. Folglich markierte der X. Parteitag der SED den Zeitpunkt der einsetzenden Prioritätenverschiebung in der SED-Wohnungspolitik.

An dieser Stelle muss genauer nach den Hintergründen dieser Verschiebung gefragt werden. Wie in der obigen Analyse dargestellt, erhöhte sich das Eingabenaufkommen aus dem Bereich „Werterhaltung und Baureparaturen“ Mitte bzw. Ende der 1970er Jahre in Halle/Saale im Verhältnis zur Anzahl zu Beginn des Jahrzehnts. Aufgrund der durchschnittlich hohen Altersstruktur des DDR-Wohnungsbestandes unterlag dieser Sektor der Wohnungswirtschaft einer kontinuierlichen situativen Verschärfung. Die Besonderheit bestand jedoch darin, dass die Bürger Mitte der 1970er verstärkt auf diesen Misstand hinwiesen. In diesem Kontext waren die Aussagen Honeckers auf dem X. Parteitag richtungweisend. Im Besonderen widmete sich die SED-Führung seit den 1970er Jahren Themengebieten, auf denen die Bevölkerung Verbesserungen zu vermissen schien. Sicherlich verkündete Honecker die Konzentration auf den Erhalt der Innerstädte nicht ausschließlich aufgrund der verstärkten Meinungsäußerungen der Bürger zu diesem Komplex. Andererseits kann jedoch nicht zuletzt aufgrund des eigenen Anspruchs der SED, die Stimmungen in der Bevölkerung zu berücksichtigen, angenommen werden, dass dieser Kurswechsel auf dem X. Parteitag durch das Zusammenspiel der sich verschlechternden Zahlungsbilanz, des rapide voranschreitenden

⁷³ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band 2, Berlin 1981, S. 279.

⁷⁴ Tesch, Der Wohnungsbau in der DDR, S. 16.

⁷⁵ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages, Band 2, S. 279.

⁷⁶ Zit. nach Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages, Band 1, Berlin 1981, S. 80.

Verfalls der Altbausubstanz sowie der in Eingaben artikulierten Bedürfnisse der Bürger zustande kam.

In diesem Sinne ist die durchgeführte Eingabenanalyse aus der Stadt Halle/Saale ein Indiz dafür, dass partizipatives Verhalten der Bürger Einfluss auf die Politik nehmen konnte bzw. dass die politische Leitlinie den in Eingaben der Bürger artikulierten Bedürfnissen von der SED angepasst wurde. Ob bzw. in welchem Maß die SED-Führung ihre politische Linie anpasste, hing jedoch davon ab, wie massiv einzelne Themenkomplexe von den Eingabenschreibern als Problemfelder aufgezeigt, vermutlich welche Themen angesprochen wurden und inwieweit die wirtschaftlichen Realitäten oder auch die außenpolitische Situation politische Maßnahmen zuließen. Die politischen Partizipationsmöglichkeiten des Einzelnen blieben somit beschränkt. Zwar war es dem Bürger durch das Verfassen einer Eingabe möglich, seine persönliche Situation zu verbessern, ein grundlegender Einfluss auf die Politikgestaltung seines Landes konnte jedoch nur im „Zusammenschluss“ mit anderen genommen werden.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger, muss auch die Frage aufgeworfen werden, inwieweit diese überhaupt das Ziel verfolgten, durch das Verfassen von Eingaben politischen Einfluss zu nehmen. Wie die durchgeführte Analyse vermuten lässt, verfasste der Großteil der Bürger Eingaben, um die persönliche Situation zu verbessern. Ein Beleg für diese Annahme wäre, wie dargestellt, die Rubrizierung der Eingaben durch die bearbeitenden Organe. Seit ca. dem Jahr 1979 tauchen in den Quellen des SAH die Eingabekategorien „Hinweise und Vorschläge“ auf.⁷⁷ Hierbei handelte es sich um Anschreiben der Bürger, welche sich der Einschätzung der SED nach vordergründig mit gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzten und aus diesem Grund in einer eigenen Kategorie in die Statistik Aufnahme fanden. Diese Unterteilung lässt vermuten, dass die übrigen Eingaben vorrangig persönliche Probleme und Anliegen der Bürger thematisierten Aufgrund der allgemeinen Missstände der DDR-Wohnungswirtschaft wählten viele Bürger den Weg der Eingabe, um an die begehrte Wohnung zu kommen bzw. die vorhandene instand setzen zu lassen. Ungeachtet der individuellen Beweggründe der DDR-Bürger könnte aber letztlich, wie die Initiation des Wohnungsbauprogramms oder auch dessen Fortführung zeigte, das Aufkommen vieler thematisch gleichartiger Eingaben, im Zusammenspiel mit wirtschaftlichen und ideologischen Faktoren, zu einer Kurskorrektur in der SED-Wohnungspolitik geführt haben. Eine

⁷⁷ Vgl. Stadtarchiv Halle: K. 105, OB 105/2. Eingabenanalysen 1979; K. 88, OB 540. Bearbeitung von Eingaben der Bürger 1979; K. 91, OB 548. Eingabenanalysen Januar bis August 1980; K. 109/5, OB 605. Eingabenanalyse 1. Halbjahr 1980.

abschließende Antwort auf diese Frage kann jedoch bislang, aufgrund der begrenzten Berücksichtigung von SED-internen Handlungs- und Befehlsstrukturen in der vorliegenden Eingabenanalyse noch nicht gegeben werden. Das Ziel weiterer Untersuchungen sollte es daher sein, durch die Berücksichtigung politbürointerner Quellen einen umfassenden Einblick in die innenpolitische Entscheidungspraxis der SED zu nehmen, um somit Rückschlüsse auf unmittelbare wie mittelbare Auswirkungen der Bürgeranliegen auf politische Entscheidungen ziehen zu können.

6. Schlussbetrachtung

Versucht man eine Antwort zu geben auf die Frage nach der Bedeutung der Eingaben der Bürger für wohnungspolitische Initiativen der SED bzw. nach den hieraus entstehenden Partizipationsspielräumen, gilt es, vorrangig auf Kontinuitäten und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verweisen. Wie Felix Mühlberg dargestellt hat, handelte es sich bei wohnungspolitischen Eingaben nicht um ein Phänomen der 1970er Jahre.⁷⁸ Bereits seit den 1950er Jahren wandten sich verzweifelte, hoffnungsvolle, bedürftige und selbstbewusste Bürger an die verschiedensten Verwaltungsebenen und Repräsentanten des Staates, um somit ihren Wünschen und Anliegen Nachdruck zu verleihen. Wie aufgezeigt wurde, rangierten hierbei Wohnungsprobleme betreffende Eingaben durchweg an erster Stelle. War in den 1950er und 1960er Jahren, unter der Regie Ulbrichts, der Versuch unternommen worden, durch kurzfristige Maßnahmen an den Symptomen der Wohnungsnot in der DDR „herumzudoktern“⁷⁹, so rief die Initiation des Wohnungsbauprogramms 1973 ein langjähriges und finanzintensives Großprojekt ins Leben.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Frage aufzuwerfen, warum dies gerade zu Beginn der 1970er Jahre geschah und inwieweit es den durch Eingaben artikulierten Meinungsbekundungen der Bürger geschuldet war. Wie dargestellt, hatten die Ereignisse in der ČSSR und in Polen die Führung der KPdSU alarmiert. Der auf dem XXIV. Parteitag verordnete Kurs sollte der Forderung der Bevölkerung östlich des „Eisernen Vorhangs“ nach einem höheren Lebensniveau gerecht werden. Für die DDR bedeutete die Übernahme der von der Sowjetunion herausgegebenen neuen Losung von „der materiellen und kulturellen Erhöhung des Lebensniveaus“ auf dem VIII. Parteitag der SED das Anbrechen einer neuen Ära. Neben dem Austausch der

⁷⁸ Vgl. Mühlberg, Eingaben als Instrument informeller Konfliktbewältigung, S.235.

⁷⁹ Annette Kaminsky: Wohlstand, Schönheit, Glück – Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, S. 123.

Führungsspitze in der Partei veränderte sich auch die „offizielle Sichtweise“ auf die DDR, welche sich fortan im Stadium der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ befinden sollte. Waren die von Honecker 1971 initiierten wohlstandsmehrenden Maßnahmen ursprünglich nur auf vier Jahre angelegt⁸⁰, um somit eine „bewusstseinsinduzierte Zunahme der Arbeitsproduktivität“⁸¹ auszulösen, öffnete der neue parteipolitische Kurs dem „Konsumsozialismus“⁸² Tür und Tor, der auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten sein sollte. Berücksichtigt man zusätzlich, dass es sich bei der „Lösung der Wohnungsfrage“ um ein traditionelles Anliegen der Arbeiterbewegung handelt, so ist die Hinwendung zu wohnungspolitischen Maßnahmen am Anfang der 1970er nicht verwunderlich. Was hätte zu diesem Zeitpunkt näher gelegen, als sich einer Thematik anzunehmen, die sowohl in der Tradition der Arbeiterbewegung einen hervorgehobenen Stellenwert einnahm als auch durch Meinungsumfragen und tausende Eingaben von den Bürgern selbst als ein Hauptproblemfeld ausgezeichnet worden war? Anders als beispielsweise der Großbereich „Reiseverkehr“ stellte zudem das Wohnungswesen einen Problemsektor dar, mit dessen Bearbeitung nicht grundsätzlich das Bestehen des Staates in Frage gestellt wurde.

Welche Bedeutung die durch die Eingaben der Bürger artikulierten Stimmungslagen, auf die Politik der SED ausübten, wurde bereits Mitte der 1970er Jahre deutlich. Zwei Jahre nach der Erklärung, bis 1990 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen an die Werktätigen zu übergeben, hatte sich die Devisensituation der DDR dramatisch verschlechtert, zudem war die angestrebte massive Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgeblieben. Parallel stiegen, wie das Beispiel Halle gezeigt hat, die Eingabenzahlen aus dem Bereich Wohnungspolitik, also konnten die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung offenbar nicht in ausreichendem Maß befriedigt werden. Die SED-Führung befand sich in dieser Situation in einer Falle. Einerseits ging es in der offiziellen Lesart im Sozialismus immer vorwärts und nie zurück, blieben keine Pläne unter- bzw. nicht erfüllt; andererseits schwand jedoch der finanzielle Spielraum der DDR-Regierung rapide. Der großspurig verkündeten Hauptaufgabe des Wohnungsbauprogramms bis 1990 verpflichtet, durch die Eingaben der Bevölkerung unter Druck gesetzt und somit der Möglichkeit einer Revision ihrer Beschlüsse beraubt, versuchte die SED unter Verschleiß der wirtschaftlichen Substanz das Wohnungsbauprogramm fortzusetzen.

Wie vermittels der Analyse der steigenden Eingabenzahl aus dem Bereich „Werterhaltung und Baureparatur“ in Halle gezeigt wurde, boten Eingaben

⁸⁰ Vgl. Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 46.

⁸¹ Ebd.

⁸² Staritz, Geschichte der DDR, S. 281.

den Bürgern der DDR die Möglichkeit, Missstände aufzuzeigen und Bedürfnisse zu artikulieren. Inwieweit die auf dem X. Parteitag der SED verkündete Kurskorrektur hin zur vermehrten Erhaltung städtischer Altbaugebiete dem Anstieg der Eingabenzahl aus dem Bereich „Werterhaltung und Baureparatur“ geschuldet war, kann bislang nur vermutet werden. Fest steht jedoch, dass die Parteiführung über die gesamte Zeit des Bestehens der DDR auch die feinsten Veränderungen der öffentlichen Stimmung mit starkem Interesse verfolgte. In Bereichen, in denen es möglich war, versuchte die SED auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen. Auch wenn dieses Verhalten vermutlich eher der Angst vor Destabilisierung und Herrschaftsverlust geschuldet war als der Anerkennung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten seitens der Bürger, bedeutete eine weitaus größere Berücksichtigung der Anliegen und Wünsche der DDR-Bevölkerung als vielfach in der Forschung angenommen. Die SED-Führung selbst wertete, wie dargestellt, die Berücksichtigung der durch die Bürger artikulierten Bedürfnisse als Verwirklichung des Prinzips des „demokratischen Zentralismus“. Die Besonderheit des „demokratischen Zentralismus“ Leninscher Prägung bestand jedoch darin, dass die Parteiführung den Rahmen „von oben“ vorgab, in welchem Maße sie dem Volk die Möglichkeit des „von unten“ Agierens einräumte.⁸³ Diesem Prinzip folgend, gab die SED den gesetzlichen Rahmen der Meinungsartikulation vor und entschied von Fall zu Fall über die Berechtigung der Bemängelungen, war jedoch bei massenhaftem Auftreten inhaltlich gleichartiger Eingaben veranlasst zu handeln, um Ereignisse wie den 17. Juni 1953 im Vorfeld verhindern zu können. Das Experimentierfeld der Wohnungspolitik eignet sich in diesem Zusammenhang hervorragend, um die vielschichtige Frage nach den Partizipationsspielräumen der Bevölkerung zu diskutieren. Frei von Bevormundung durch die Sowjetunion, in welcher bezüglich der „Lösung der Wohnungsfrage“ kein für den Ostblock verbindliches Konzept vorlag, hatte die SED-Führung bei der Ausgestaltung der Wohnungspolitik weitgehend freie Hand. Zum Zeitpunkt der 1970er Jahre, als von den Bürgern durch Eingaben der Wunsch zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in steigendem Maße artikuliert wurde, begann die SED-Führung ihr innenpolitisches Programm umzustellen und initiierte das Wohnungsbauprogramm. Es ist anzunehmen, dass die unvermindert hohen Eingabenzahlen, trotz der sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR, den Abbruch des Wohnungsbauprogramms Mitte der 1970er Jahre verhinderten. Vom derzeitigen Erkenntnisstand ausgehend kann vermutet werden, dass sowohl die gleich bleibenden bzw. steigenden Eingabenzahlen als auch die durch die unterschiedlichen Meinungsforschungsinstitute evaluierten

⁸³ Vgl. Lieber, Politische Theorien, S. 920.

Stimmungstendenzen in der Bevölkerung der SED die künftige politische Richtung vorgaben. Mochte die SED-Führung nicht einen Großteil der Bevölkerung Repressalien aussetzen oder Destabilisierung und potentiellen Aufruhr hinnehmen, konnte sie nichts anderes tun, als sich dem auf unterschiedliche Weise festgestellten Willen des Volkes im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten zu beugen.

In nachfolgenden Untersuchungen sollten unter Gegenüberstellung verschiedenartiger Eingabebereiche auch die Grenzen der potentiellen Mitgestaltungsspielräume der Bürger analysiert werden. In diesem Zusammenhang wäre die Frage aufzuwerfen, ob bzw. inwieweit sich die vermeintlichen Partizipationsspielräume der Bevölkerung, bei der Artikulation von tendenziell systemsprengenden Eingabenthemen, wie beispielsweise der Reisefreiheit, verringerten. Wie Martin Broszat am Beispiel der Zeit des Nationalsozialismus gezeigt hat, besteht die Schwierigkeit einer Historisierung darin, dass zunächst augenscheinliche Widersprüchlichkeiten durchaus parallel auftreten bzw. nebeneinander existieren können. Die Aufgabe besteht daher darin, diese „zusammenzusehen und gleichzeitig auseinanderzuhalten“⁸⁴. In der vorliegenden Arbeit konnte für die „zweite deutsche Diktatur“, die DDR, eben dies aufgezeigt werden: Partizipation und Diktatur schließen sich nicht grundsätzlich aus.

⁸⁴ Martin Broszat: Nach Hitler – Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, S. 273.

Resümees / Abstracts[•]

Patrick Wagner, Prof. Dr. phil., Lehrstuhlinhaber Zeitgeschichte, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Zeitgeschichte zu schreiben, kann gegenwärtig nicht mehr allein heißen, nationale Geschichte(n) zu schreiben. Die Geschichte der jüngsten Zeit fordert vielmehr eine Perspektive, die Prozesse der ‚Globalisierung‘ erfasst, diese aber zugleich rückbindet an konkrete Erfahrungen in den nationalen, regionalen und lokalen Gesellschaften. Die Geschichte der indischen Bevölkerungspolitik dient dem Autor daher als Fallbeispiel, an dem die Verschränkung globaler, nationaler und lokaler Kontexte sichtbar gemacht wird. So wird vor dem Hintergrund einer internationalen Debatte über die „Bevölkerungsexplosion“ importierter Technologien, bevölkerungspolitischer Programme der UNO und der biographisch erfahrenen ‚Westernisierung‘ der indischen Planer erkennbar, dass ein westliches Ideal der ‚modernen Kernfamilie‘ sowie von westlichem Planungsdenken beeinflusste Steuerungsmodelle als Leitbilder jener nationalen Politik dienten, die in Indien zwischen 1975 und 1977 zur großenteils zwangsweisen Sterilisierung von 11 Millionen Menschen führte. Die Geburtenkontrollpolitik Indiens ist, so die These, nicht zu verstehen, ohne die Berücksichtigung globaler Institutionen, Diskurse und Akteure.

Stefan Schmidt, M.A., Doktorand, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Frage, inwiefern und in welchen Formen eine politische Partizipation der Bevölkerung unter den Bedingungen der SED-Diktatur in der DDR möglich war, hat in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion bislang relativ wenig Beachtung gefunden. Der vorliegende Aufsatz untersucht anhand von Eingaben ostdeutscher Bürger aus den 1970er Jahren, welche partizipatorischen Spielräume die DDR-Bevölkerung besaß und inwieweit sie auf dem Weg der Eingabe Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen konnte. Der Autor setzt das Ansteigen bzw. Absinken des Eingabenaufkommens in Beziehung zu wohnungspolitischen Entscheidungen der SED und argumentiert, dass Eingaben in der DDR in begrenztem Maße als „plebiszitäres Mittel“ fungieren konnten.

[•] In der Reihenfolge der Beiträge.

Holger Zaunstock, PD Dr. phil., Franckesche Stiftungen zu Halle

Die aktuelle Debatte zur Zukunft der DDR-Forschung lässt sich in die Frage übersetzen: Wie lassen sich die Geschichten beider deutscher Staaten adäquat in eine „deutsche“ Nachkriegsgeschichte integrieren? Für eine solche Frageperspektive wird künftig vor allem das Potential von alltags-, mentalitäts- und im weiteren Sinne kulturgeschichtlichen Ansätzen fruchtbar zu machen sein. Darüber hinaus gilt es, Themen und Quellen zu berücksichtigen, die bislang zu wenig in den Blick genommen wurden. Diesen Weg geht der vorliegende Aufsatz am Beispiel der Erinnerungen von Soldaten der NVA. Es wird ein die Wende von 1989 übergreifendes Erinnerungsfeld beschrieben, das den Stellenwert individueller Erfahrungen in der DDR für das Entstehen von Identitäten und das Entwerfen von Geschichtsbildern in der Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschlands plastisch werden lässt. Der Autor diskutiert dabei verschiedene Quellentypen, insbesondere Internetforen und Erinnerungsräume im Netz. Der Beitrag bietet im Hinblick auf diese Internetquellen methodisch-konzeptionelle Überlegungen an, welche die universitäre, akademische Forschung auf ein noch unvermessenes Geschichtsterrain führen und herausfordern können.

Christian Grobler, Lehramtsreferendar für Geschichte und Sozialkunde, Köthen

Kann der Forschungsstand zur sowjetischen Besatzungspolitik in Ostdeutschland nach 1945 mittlerweile als gut gelten, so trifft dieser Befund für die Erforschung *lokaler* Ausprägungen sowjetischer Herrschaftspraxis und in diesem Kontext auch der Implementierung von Herrschaft durch Repression nur bedingt zu. Diesem Forschungsdesiderat wendet sich der Beitrag zu. Er untersucht die sowjetische Verfolgungspraxis in Köthen (Anhalt), einer Mittelstadt mit überwiegend mittelständischer Wirtschaftsstruktur und einem agrarisch geprägten Umfeld, die als typisch für den Großteil ostdeutscher Städte gelten kann. Der Autor argumentiert, dass die Repressionsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht weit willkürlicher waren und breitere Bevölkerungsgruppen betrafen als bislang angenommen.

Thomas Pruschwitz, Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, im Interview mit Otto Freiherr Grote, Oberst a.D.

Otto Freiherr Grote, Berufsoffizier der Bundeswehr und nach der deutschen Wiedervereinigung Chef des Stabes des deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe der sowjetischen Truppen (WGT), schildert in diesem Interview den sowjetischen Truppenabzug aus der DDR. Seine Erinnerungen verweisen auf die Probleme, die aus dem Fehlen einer funktionierenden

Verwaltung und Infrastruktur, insbesondere in der Anfangsphase des Abzugs, erwachsen. Das Interview dokumentiert die Schwierigkeiten, die Denkstrukturen des Kalten Krieges zwischen den ehemaligen Gegnern zu überwinden, ebenso wie ihr Fortwirken und Überwinden bis in die Gegenwart. Grotes Erinnerungen sind daher methodisch einzuordnen in das für Zeithistoriker so wichtige und zugleich so schwierige Feld der Oral History.

Impressum:

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgegeben von:

Daniel Bohse, Stefanie Middendorf und Jana Wüstenhagen

Die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ erscheinen mindestens einmal jährlich in loser Folge. Sie wurden 1996 von Hermann-J. Rupieper (†) begründet, um eine Plattform für NachwuchswissenschaftlerInnen und herausragende studentische Arbeiten zu schaffen. Aufgenommen werden vorrangig Beiträge in deutscher und englischer Sprache, denen Quellen zugrunde liegen, die zuvor noch nicht publiziert wurden. Vorschläge für Veröffentlichungen nimmt die Redaktion entgegen. Manuskripte können postalisch oder per E-Mail eingesandt werden. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht.

In die Reihe aufgenommene Beiträge werden auch im Internet veröffentlicht. Jeder – auch auszugsweise – Nachdruck und die Verbreitung über andere Medien bedürfen der Genehmigung der HerausgeberInnen.

Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Thomas Pruschwitz,
Tom Gärtig
www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz

Gestaltung: Annett Sonntag, Halle (Saale)

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Kontakt: Redaktion
Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut für Geschichte
06099 Halle (Saale)
Germany
Tel.: + 49 345 5524294
Fax: + 49 345 5527042
E-Mail: redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de

ISSN: 1433-7886